

Betreff:

Haushalt 2021 / Investitionsprogramm 2020 - 2024 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr

Organisationseinheit:
Dezernat III
0600 Baureferat

Datum:
01.02.2021

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Bauausschuss (Entscheidung)	26.01.2021	Ö

Beschluss:

„1. Der Haushaltsplan 2021 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Beschlüsse zu

- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt (Anlage 2)
 - den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2020 - 2024 (Anlage 3)
 - den finanzunwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte (Anlage 4)
 - den Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts (Anlage 5)
 - den Erstattungen an die Sonderrechnung Fachbereich 65 (Anlage 6)
 - den Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2020-2024 (Anlage 7)
 - den Vorschlägen zur Haushaltsoptimierung (Anlage 8)
 - der Neuveranschlagung von Mitteln für GVGs (Anlage 9)

zur Annahme empfohlen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Haushaltsplan 2021 für die Sonderrechnung Stadtentwässerung und für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

Sachverhalt:

Die formelle Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG.

Die Entwürfe zum Haushalt 2021 / Investitionsprogramm 2020 - 2024 sind dem Rat vorgelegt worden. Die abschließende Beratung soll in der Sitzung des Rates am 23. März 2021 erfolgen.

Zur Vorbereitung dieser Sitzung sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Anträge und Vorschläge sowie Anfragen zum Haushalt sind in den anliegenden Listen zusammengestellt bzw. als Anlagen beigefügt und werden hiermit zur Beratung vorgelegt.

Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültigen Produkt-Planbeträge können daher erst im Enddruck des Haushaltsplans 2021 abgebildet werden.

Der finale Stand der Dezernatslisten mit der von der Verwaltung im Ampelsystem erfolgten Bewertung der KGSt-Vorschläge zur Haushaltsoptimierung wurde am 29. Oktober 2020 in Form einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen an den Rat der Stadt (s. Drucks.-Nr.: 20-14553) zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf 2021 veröffentlicht. Grundlage der weiteren Beratungen in den Fachausschüssen bilden die bereits bekannten Dezernatslisten mit den jeweiligen HHO-Vorschlägen, die entsprechend der Zuständigkeiten der Fachausschüsse aufgeteilt wurden. Auch wurde in Einzelfällen auf Besonderheiten hingewiesen wie z. B. bereits gefasste, abweichende Gremienbeschlüsse. Die konkrete Haushaltswirkung ergibt sich dann aus den einzelnen Beschlüssen zu den jeweiligen HHO-Vorschlägen. Die Ergebnisse der Ausschussberatungen werden anschließend in die Dezernatslisten eingepflegt und für die am 4. März 2021 vorgesehene Beratung im Finanz- und Personalausschuss aufbereitet. Die um die Ergebnisse der Beratung im Finanz- und Personalausschuss ergänzten Listen zur HHO bilden dann wiederum die Grundlage für die Beratung im Verwaltungsausschuss bzw. die Haushaltslesung im Rat am 23. März 2021. Die Berücksichtigung im Haushalt 2021 sowie in der Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2024 erfolgt dann entsprechend der vom Rat getroffenen Entscheidungen.

Den Unterlagen beigefügt sind die Ansatzveränderungen der Verwaltung für die „geringwertigen Vermögensgegenständen (GVG), da auch der Teilhaushalt des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr Bestandteil der neuen Veranschlagung ist.

Zum Jahresabschluss 2019 (für das Haushaltsjahr 2020) sind für den Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr im Investitionsmanagement Haushaltsreste von 19,4 Mio. Euro gebildet worden. Bis Ende 2024 ist geplant, diese Haushaltsreste bis auf einen Stand von 14,4 Mio. Euro abzubauen. Der durch die Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2021, der den Haushaltsresteabbau bis Ende 2021 mit insgesamt 36,6 Mio. Euro beziffert, beinhaltet diese Planung. Darin ist für den Fachbereich 66 für das Jahr 2021 ein Haushaltsresteabbau um 1,2 Mio. Euro berücksichtigt. Für das Jahr 2020 wird aktuell von einem Haushaltsresteauflauf um rund 3 Mio. Euro ausgegangen (siehe auch DS 20-14837)

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1 - Anfragen / Anregungen

Anlage 2 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

Anlage 3 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2020 - 2024

Anlage 4 - Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5 - Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts

Anlage 6 - Erstattungen an die Sonderrechnung Fachbereich 65

Anlage 7 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2020- 2024

Anlage 8 - Vorschläge zur Haushaltsoptimierung

Anlage 9 - Neuveranschlagung von Mitteln für GVGs

Anlage 10 - Geplanter Haushaltsresteabbau

Anlage 1

Anfragen / Anregungen

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 054 der Fraktion CDU

Text:

Radschnellwege

Welche Fördermittel fließen in die Projekte 5E.660139 FB 66: BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg / 5E.660138 FB 66: BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellweg ein?

Wie hoch ist der geplante Netto-Eigenbeitrag der Stadt Braunschweig?

Begründung:

Eine Begründung kann bei Bedarf mündlich erfolgen.

Stellungnahme:

RSW BS-Salzgitter-Thiede/Wolfenbüttel

Die Planungs- und Baukosten in Höhe von 17,2 Mio. € basieren auf den Machbarkeitsstudien aus 2011 und 2017, indiziert auf 2020. Beim Regionalverband liegt ein Förderbescheid in Höhe von 12,9 Mio. € vor.

Der Anteil der Stadt Braunschweig an den Fördermitteln liegt entsprechend dem Projektanteil in der Größenordnung von ca. 8,5 Mio. €. Der Eigenanteil der Stadt Braunschweig beläuft sich nach derzeitigem Stand auf ca. 4 Mio. € zzgl. Grunderwerb.

RSW BS-Lehre-WOB

Die Planungs- und Baukosten in Höhe von 18,6 Mio. € basieren auf der Machbarkeitsstudie aus 2017. Diese Kosten sind noch nicht indiziert. Ein Förderbescheid liegt nicht vor.

Der Anteil der Stadt Braunschweig an den Fördermitteln liegt entsprechend dem Projektanteil und einer konservativ geschätzten Förderung in der Größenordnung von ca. 3,0 Mio. €. Der Eigenanteil der Stadt Braunschweig beläuft sich nach derzeitiger Schätzung auf ca. 2,7 Mio. € zzgl. Grunderwerb.

gez. Leuer _____

Dez. III

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 055 der Fraktion DIE FRAKTION P²

Text:

S. 1173
4S.660012 Finanzmittel für Baumaßnahmen im bestehenden Radwegenetz (Neubauten von Radwegen)
→ Gibt es eine Auflistung der geplanten neuen Radwege in 2021?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Stellungnahme:

Die für 2021 geplanten Maßnahmen lassen sich DS 20-14388 entnehmen. Für den Radwegebau sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Radweg Lamme/Wedtlenstedt (Realisierung in Abhängigkeit vom Grunderwerb)
- Stadtstraße Nord (vorbehaltlich der politischen Beschlussfassung: Realisierung auf einem ersten Abschnitt)
- Kreisverkehr Mascheroder Weg/Senefelderstraße
- Kreisverkehr Hermann-Blenk-Straße
- Deckenerneuerungsprogramm Radwege
- Neubau der Sidonienbrücke
- Querungshilfe Cyriaksring/Blumenstraße
- Verbesserung Querung Wallring/Sonnenstraße/Am Hohen Tore für Radfahrende
- Verbesserung Querung Celler Straße/Freisestraße/Maschstraße für Radfahrende

gez. Leuer

Dez. III

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 056 der Fraktion SPD

Text:

Die Verwaltung wird gebeten, hinsichtlich des Umsetzungsstandes einer Projektplanung für eine veloroutenähnliche Verbindung entlang der Uferstraße folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist eine entsprechende Beauftragung zur Erstellung einer Planung für die Uferstraße mittlerweile erfolgt?
2. Wann ist mit der Vorstellung der Ergebnisse zu rechnen?
3. Kann die Verwaltung bereits Aussagen über den möglichen Kostenrahmen einer Umgestaltung der Uferstraße treffen?

Begründung:

In den Haushalt 2020 wurden Haushaltsmittel für eine Projektstudie zur Realisierung einer veloroutenähnlichen Verbindung entlang der Uferstraße in Höhe von 30.000 € eingestellt. Da der Umbau der Uferstraße im Sinne einer fahrradfreundlichen Stadt eine wichtige Stärkung und Attraktivitätssteigerung für alle diejenigen, die aus dem Norden/Nordwesten der Stadt in die Innenstadt fahren, darstellt, ist eine zeitnahe Realisierung der im Rahmen der Projektstudie erarbeiteten Planung notwendig.

Stellungnahme:

Zu 1.) Zurzeit wird der vorhandene Straßenkörper gutachterlich untersucht, um den Sanierungsaufwand zu ermitteln. Parallel zur laufenden Herleitung der Definition einer Veloroute entwickelt die Verwaltung – daran angelehnt – eine grundsätzliche Lösung für die Uferstraße. Darauf aufbauend werden, soweit erforderlich, noch Planungsleistungen beauftragt werden.

Zu 2.) Die grundsätzliche Planungslösung wird bis Mitte des Jahres vorgestellt.

Zu 3.) Der Kostenrahmen ist noch nicht bekannt, wird aber wegen des Erneuerungsbedarfs der Fahrbahn auf jeden Fall deutlich sechsstellig sein. Im südlichen Abschnitt wird eine bauliche Umsetzung erst nach Abschluss der Arbeiten am Heizkraftwerk möglich sein, da diese die Uferstraße mit beanspruchen.

gez. Leuer

Dez. III

Nachrichtlich
Anfragen / Anregungen im Original

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

5E.660138

5E.660139

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:

Radschnellwege

Welche Fördermittel fließen in die Projekte 5E.660139 FB 66: BS-Lehre-WOB/Bau e-

Radschnellweg / 5E.660138 FB 66: BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellweg ein?

Wie hoch ist der geplante Netto-Eigenbeitrag der Stadt Braunschweig?

Begründung:

Eine Begründung kann bei Bedarf mündlich erfolgen.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

DIE FRAKTION P²

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Produkt
4S.660012

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

IP 2020 - 2024

Text:

S. 1173

4S.660012 Finanzmittel für Baumaßnahmen im bestehenden Radwegenetz (Neubauten von Radwegen)

→ Gibt es eine Auflistung der geplanten neuen Radwege in 2021?

Begründung:

Haushaltstsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

3E.66NEU

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:

Die Verwaltung wird gebeten, hinsichtlich des Umsetzungsstandes einer Projektplanung für eine veloroutenähnliche Verbindung entlang der Uferstraße folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist eine entsprechende Beauftragung zur Erstellung einer Planung für die Uferstraße mittlerweile erfolgt?
2. Wann ist mit der Vorstellung der Ergebnisse zu rechnen?
3. Kann die Verwaltung bereits Aussagen über den möglichen Kostenrahmen einer Umgestaltung der Uferstraße treffen?

Begründung:

In den Haushalt 2020 wurden Haushaltsmittel für eine Projektstudie zur Realisierung einer veloroutenähnlichen Verbindung entlang der Uferstraße in Höhe von 30.000 € eingestellt. Da der Umbau der Uferstraße im Sinne einer fahrradfreundlichen Stadt eine wichtige Stärkung und Attraktivitätssteigerung für alle diejenigen, die aus dem Norden/Nordwesten der Stadt in die Innenstadt fahren, darstellt, ist eine zeitnahe Realisierung der im Rahmen der Projektsstudie erarbeiteten Planung notwendig.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Anlage 2

Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
zum Ergebnishaushalt

Anlage 2 - Haushaltstesung 2021 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

	Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €				Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	Bauausschuss Abstimmungsergebnis									
					bisher	neu	2021	Erträge	Aufwendungen	2022	Erträge	Aufwendungen	2023	Erträge	Aufwendungen	2024	Erträge	Aufwendungen	Dauer	dafür	dagegen
Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr																					
		5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		3.881.500	3.836.500	-	45.000	0	-	45.000	0	-	45.000	0	-	45.000	0			
1	138	1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	Bündnis 90/Die Grünen	Verzicht auf Sondernutzungsgebühren aufgrund der Corona-Pandemie 1. Für Gewerbetreibende insbesondere aus dem Bereich der Gastronomie wird im Jahr 2021 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach Punkt 6.3 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung verzichtet. 2. Dabei soll es innerhalb der Okerumflut nicht zu einer wesentlichen Ausweitung der Tische und Sitzgelegenheiten im Außenbereich im Vergleich zum Jahr 2020 kommen. Außerhalb der Okerumflut ist eine solche Ausweitung gemäß des Ratsbeschlusses zur „Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen“ (DS 20-13640) auch weiterhin ausdrücklich erwünscht. 3. Bei Aktionen des Einzelhandels, die unter 6.5 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung (Verkaufswagen und mobile Verkaufsstände) fallen soll eine Befreiung von Sondernutzungsgebühren großzügig geprüft werden. 4. Sollten insbesondere zum Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren innerhalb der Okerumflut gesonderte Beschlüsse von Aufsichtsrat und/oder Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erforderlich sein, wird die Verwaltung gebeten, diese Beschlüsse in Abstimmung mit dieser Gesellschaft vorzubereiten. (Begründung s. Antrag)											dauerh.	332110 Benutzungsgeb.u. ä.Entg				
2	139	1.54.5460.01	Parkraumbewirtschaftung	FDP	Zusatzgebühren für Handyparken abschaffen Um Menschen, die ihr Handy zum Parken nutzen, nicht mehr zu belasten als andere, sollte die Stadtkasse die anfallenden Gebühren des Anbieters tragen. Der Wille zu Digitalisierung sollte nicht bestraft werden.											dauerh.	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten				
		19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		19.574.777	19.524.777	-	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0					
3	140	1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	Die Fraktion P ²	Reduzierung des Ansatzes Entfernung von Graffiti von 130.000 EUR auf 80.000 EUR Bei der Entfernung von Graffiti sollen zukünftig Prioritäten gesetzt werden. Inhalte, welche gegen Gesetze, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen Werte unseres Grundgesetzes verstößen sowie Inhalte welche Gewalt, Hass, Hetze, Diskriminierung etc. abbilden – sind prioritär zu entfernen. Da Einsparmaßnahmen notwendig sind, sehen wir hier Potential – möchten aber gewährleistet sehen, dass Graffiti mit o.g. Inhalten so schnell wie möglich entfernt werden.											einmalig	445610 Erstattung an sonstige öffentl Sonderrechnung				
4	146	1.61.6110.01	Steuern, allg.- Zuweisungen/Umlagen	FDP	Straßenausbaubeuräge abschaffen Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGS-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeuräge mehr als kompensieren, zudem entfiel Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ergebnishaushalt Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeuräge: Ansatz 2021: 405.000€).											dauerh.	301210 Grundsteuer B				
																	Anmerkung der Verwaltung: Die mit dem Antrag gleichzeitig vorgesehene Abschaffung Straßenausbaubeuräge ist in der Liste der Finanzwirksamen Anträge zum Investitionsprogramm (FWI 181) aufgeführt.				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB66 (Ref. 0800)

Produkt

1.12.1223.03

**FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021
zur Beratung im Bauausschuss und im Wirtschaftsausschuss**

Überschrift

Verzicht auf Sondernutzungsgebühren aufgrund der Corona-Pandemie

Beschlussvorschlag

1. Für Gewerbetreibende insbesondere aus dem Bereich der Gastronomie wird im Jahr 2021 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach Punkt 6.3 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung verzichtet.
2. Dabei soll es innerhalb der Okerumflut nicht zu einer wesentlichen Ausweitung der Tische und Sitzgelegenheiten im Außenbereich im Vergleich zum Jahr 2020 kommen. Außerhalb der Okerumflut ist eine solche Ausweitung gemäß des Ratsbeschlusses zur „Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen“ (DS 20-13640) auch weiterhin ausdrücklich erwünscht.
3. Bei Aktionen des Einzelhandels, die unter 6.5 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung (Verkaufswagen und mobile Verkaufsstände) fallen soll eine Befreiung von Sondernutzungsgebühren großzügig geprüft werden.
4. Sollten insbesondere zum Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren innerhalb der Okerumflut gesonderte Beschlüsse von Aufsichtsrat und/oder Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erforderlich sein, wird die Verwaltung gebeten, diese Beschlüsse in Abstimmung mit dieser Gesellschaft vorzubereiten.

Begründung

Von den Einschränkungen während der Corona-Pandemie wurde neben anderen Branchen insbesondere auch die Gastronomie schwer getroffen. Etliche Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht oder mussten bereits schließen. Die Stadt Braunschweig hat es in der Hand, durch einen Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren einen zumindest kleinen Beitrag dazu zu leisten, die wirtschaftlichen Verluste auszugleichen und die gastronomischen Betriebe zu unterstützen. Die Sondernutzungsgebührenordnung sieht in § 6 Abs. 3 ausdrücklich vor, dass eine Gebührenbefreiung „mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen oder aus Billigkeitsgründen“ erfolgen kann. Die aktuelle Pandemiesituation ist aus unserer Sicht eine besondere Lage, die diese Bedingungen erfüllt und einen Verzicht rechtfertigt.

Mit Punkt 2. dieses Antrags soll etwaigen Befürchtungen begegnet werden, dass es im Falle einer Gebührenbefreiung zu einem „Wildwuchs“ in der Außengastronomie insbesondere in der Fußgängerzone kommen könnte. Wir gehen davon aus, dass das Aufstellen von Tischen und

Sitzgelegenheiten auch bei einer Gebührenbefreiung genehmigungspflichtig ist und insofern auch weiterhin Einfluss auf die Anzahl und die Flächengröße genommen werden kann.

Nicht nur die Gastronomie sondern auch der Einzelhandel hat unter den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise z.B. durch Schließung der Geschäfte und veränderte Kundenströme in der Innenstadt zu leiden. Sollte es von Seiten des Einzelhandels kreative Ideen für gezielte Aktionen (z.B. einen „Tag des Buches“ oder einen Bücherflohmarkt, an dem sich mehrere Braunschweiger Buchhändler*innen gemeinsam beteiligen) geben, sollten diese Aktionen von Seiten der Stadt bzw. der Braunschweig Stadtmarketing GmbH unterstützt werden können.

Da für die Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen und die Erhebung von Sondernutzungsgebühren innerhalb der Okerumflut die Braunschweig Stadtmarketing GmbH zuständig ist, und dieser Beschluss auch Auswirkungen auf die Einnahmen und den Wirtschaftsplan dieser Gesellschaft haben dürfte, müssen vermutlich auch in den dort angesiedelten Gremien Folgebeschlüsse gefasst werden, die durch die Verwaltung begleitet werden sollen.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2021

Überschrift

Zusatzgebühren für Handyparken abschaffen

Teilhaushalt: 32 ?, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) _____ + 30.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Um Menschen, die ihr Handy zum Parken nutzen, nicht mehr zu belasten als andere, sollte die Stadtkasse die anfallenden Gebühren des Anbieters tragen. Der Wille zu Digitalisierung sollte nicht bestraft werden.

gez. Lehmann

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

DIE FRAKTION P²

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt
Teilhaushalt / Org.-Einheit
66, Sonderrechnung Abfall / FB66, FB 20

Produkt / Kostenart
1.54.5400.11 / 445610

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2021

Überschrift

Reduzierung des Ansatzes Entfernung von Graffiti von 130.000 EUR auf 80.000 EUR

Teilhaushalt: FB 66 Tiefbau und Verkehr, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: 1.54.5400.11, Seite: 782

Produktbezeichnung: Beseitigung illegaler Graffiti

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 50.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Bei der Entfernung von Graffiti sollen zukünftig Prioritäten gesetzt werden. Inhalte, welche gegen Gesetze, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen Werte unseres Grundgesetzes verstößen sowie Inhalte welche Gewalt, Hass, Hetze, Diskriminierung etc. abbilden – sind prioritär zu entfernen.

Da Einsparmaßnahmen notwendig sind, sehen wir hier Potential – möchten aber gewährleistet sehen, dass Griffiti mit o.g. Inhalten so schnell wie möglich entfernt werden.

gez. M. Hahn
Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 146 der Fraktion FDP

Text:

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Begründung:

Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGSt-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeiträge mehr als kompensieren, zudem entfiel Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ehh Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeiträge: Ansatz 2021: 405.000 €).

Stellungnahme:

An den Kosten für die notwendige Unterhaltung und Instandsetzung werden die Anlieger nicht beteiligt. Erst, wenn es die Unterhaltung einzelner Straßen wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist, findet eine beitragspflichtige Erneuerung statt, die die Grundstückseigentümer mit Straßenausbaubeiträgen belastet.

Ab 2021 betragen die prognostizierten und im Haushalt veranschlagten Straßenausbaubeiträge rd. 2,9 Mio. € (brutto) pro Jahr. Die genannten 405.000 € aus dem Gesamthaushalt, Seite 185, sind keine Personal- oder Sachkosten für die Beitragsbearbeitung. Die jährlichen Personal- und Sachkosten betragen rd. 200.000 €. Um die jährlichen straßenbaulichen Maßnahmen mit einem durchschnittlichen Volumen von rd. 2,7 Mio. € (netto) auszugleichen, würde die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung um 20 Prozentpunkte nicht ausreichen.

Dieser Antrag ist identisch mit Antrag FWI_180 und FWI_181.

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

**Nachrichtlich
Anträge im Original**

- FWE 146 -

FDP-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66, Allg. Finanzw. / FB 66 (FB 20)

Produkt / Kostenart
Diverse / 689120
1.61.6110.01/ 301210

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2021

Überschrift

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Teilhaushalt: _____, Seite: 211

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Beiträge u. ähn. Entgelte f. Invest., Zeile: _____

Produktnummer: 689120, Seite: 211

Produktbezeichnung: Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) _____ + 2.112.200 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: 301210, Seite: 977

Produktbezeichnung: Grundsteuer B

Deckungsbetrag (+ / -) _____ - 20.000.000 €

Begründung

Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGSt-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeiträge mehr als kompensieren, zudem entfiel Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ergebnishaushalt Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeiträge: Ansatz 2021: 405.000€).

gez. Lehmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Anlage 3

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2020 - 2024

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr

Sanierung und Neuordnung der Nebenanlagen Bienroder Weg

17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	1.185.000	1.185.000	0	0	0	0								
----	--	---	-----------	-----------	---	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--

1	166	3E.66 NEU	Fuß- und Radverkehr Bienroder Weg / Planung Neuordnung	BIBS	bisher neu Veränderung	0 585.000 585.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 585.000 EUR für 2021 für die weitere Ausplanung der Neuordnung von Fuß- und Radverkehrsanlagen auf dem Bienroder Weg für die Abschnitte 1-9 (DS 19-12245); alternativ können gemäß Vorschlag der Verwaltung zunächst die mit den größten Defiziten beurteilten Abschnitte 2,3 und 4 geplant werden			
---	-----	-----------	---	------	------------------------------	-------------------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	---	--	--	--

2	167	3E.66 NEU	Fuß- und Radverkehr Bienroder Weg / Planung Neuordnung	DIE LINKE	bisher neu Veränderung	0 210.000 210.000	0 0 0	0 210.000 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 210.000 EUR für 2021 für die Detailplanung des Umbaus des Bienroder Weges gemäß dem Konzept zur baulichen Neuordnung der Fuß- und Radverkehrsanlagen (Abschnitte 2-4 aus DS 19-12245)			
---	-----	-----------	---	-----------	------------------------------	-------------------------	-------------	-------------------	-------------	-------------	-------------	--	--	--	--

3	168	4E.66 NEU	Bienroder Weg (zw. Gewerbegeb. u. Wodanstraße)/Sanierung Nebenanlagen	SPD	bisher neu Veränderung	0 600.000 600.000	0 0 0	0 600.000 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2021 für die Sanierung der Nebenanlagen des Bienroder Weges (Realisierung des 3. Bereiches zwischen Einmündung Gewerbegebiet und Wodanstraße)			
---	-----	-----------	--	-----	------------------------------	-------------------------	-------------	-------------------	-------------	-------------	-------------	--	--	--	--

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Förderprogramm Lastenräder

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				17	120.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0					
4	169	4S.660026	FB 66: Zuschüsse an Dritte	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bisher neu	100.000 220.000	20.000 20.000	20.000 50.000	20.000 50.000	20.000 50.000	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für das Förderprogramm für die Anschaffung von Lastenräderm (bisheriger Ansatz: 20.000 EUR jährlich)			
				Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der SPD-Fraktion vor (Nr. 170).			
5	170	4S.660026	FB 66: Zuschüsse an Dritte	SPD	bisher neu	100.000 220.000	20.000 20.000	20.000 50.000	20.000 50.000	20.000 50.000	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für das Förderprogramm Lastenräder (bisheriger Ansatz: 20.000 EUR jährlich)			
				Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor (Nr. 169).			

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
Pilot-Velorouten Raffturm bis Schöppenstedter Turm																
17			Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		260.000	260.000	0	0	0	0	0					
6	175	3E.66 NEU	Raffturm bis Schöppenstedter Turm / Vorplanung Pilot-Veloroute	DIE LINKE												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0					
				neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0					
				Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0					
7	174	3E.66 NEU	Raffturm bis südlicher Wallring / Vorplanung Pilot-Veloroute	BIBS												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0					
				neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0					
				Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0					
8	173	3E.66NEU	Bohweg bis Schöppenstädter Turm / Vorplanung Pilot-Veloroute	BIBS												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0					
				neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0					
				Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0					
9	176	3E.66NEU	Altstadtmkt-Hohetor-Madamenweg / Vorplanung Radwegeverbindung	BIBS												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0					
				neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0					
				Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0					

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Neubau E-Radschnellweg BS-WF/SZ

19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0	0	0	-187.500	-750.000	937.500							
10	183 a	BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellw. 5E.660138	CDU	bisher neu	5.512.500 5.512.500	0 0	0 0	0 0	187.500 0	750.000 0	4.575.000 5.512.500	Verschieben der Finanzraten (hier: Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-WF/SZ Thiede um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
			Veränderung		0		0	0	-187.500	-750.000	937.500				
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	-50.000	-50.000	-200.000	-950.000	1.250.000							
11	183 b	5E.660138 BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellw.	CDU	bisher neu	7.810.000 7.810.000	360.000 360.000	50.000 0	50.000 0	250.000 50.000	1.000.000 50.000	6.100.000 7.350.000	Verschieben der Finanzraten für den Bau des E-Radschnellwegs BS-WF/SZ Thiede um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
			Veränderung		0		-50.000	-50.000	-200.000	-950.000	1.250.000	Anmerkung der Verwaltung Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Für die Personalkosten können auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.			
					VE 2022: VE 2022 neu: VE 2023: VE 2024:	50.000 0 0 0	VE 2022 neu: VE 2023 neu: VE 2024 neu: VE 2024 neu:	0 50.000 50.000 50.000	VE 2022 Veränderung: VE 2023 Veränderung: VE 2024 Veränderung: VE 2024 Veränderung:	-50.000 50.000 50.000 50.000					

Anlage 3 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Bauausschuss
Abstimmungsergebnis

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Neubau E-Radschnellweg BS-Lehre-WOB

19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	-187.500	187.500						
12	184 a	5E.660139	BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg	CDU											
				bisher	4.762.500	0	0	0	0	187.500	4.575.000	Verschieben der Finanzraten (hier Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-Lehre-WOB um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
				neu	4.762.500	0	0	0	0	0	4.762.500				
				Veränderung	0		0	0	0	-187.500	187.500				
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0	0	-50.000	-50.000	-200.000	300.000						
13	184 b	5E.660139	BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg	CDU											
				bisher	6.810.000	360.000	0	50.000	50.000	250.000	6.100.000	Verschieben der Finanzraten (hier Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-Lehre-WOB um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
				neu	6.810.000	360.000	0	0	0	50.000	6.400.000				
				Veränderung	0		0	-50.000	-50.000	-200.000	300.000				
					VE 2022:	50.000	VE 2022 neu:	0	VE 2022 Veränderung:	-50.000		Anmerkung der Verwaltung			
					VE 2024:	0	VE 2024 neu:	50.000	VE 2024 Veränderung:	50.000		Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Für die Personalkosten können auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.			

Anlage 3 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Bauausschuss
Abstimmungsergebnis

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten																																																																
sonstige Maßnahmen zum Radverkehr																																																																															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)																																																																															
290.000 290.000 0 0 0 0																																																																															
14 171 3S.66NEU Radwege an der L473 und der L611 f/ Vorplanung																																																																															
<table border="1"> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>BIBS</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>bisher</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>neu</td><td>70.000</td><td>0</td><td>70.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>Veränderung</td><td>70.000</td><td>70.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table> <p>Anmerkung der Verwaltung: Für die Vorplanung des Radweges an der L611 liegt zudem ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor (Nr. 172)</p>																			BIBS																bisher	0	0	0	0	0	0	0	0								neu	70.000	0	70.000	0	0	0	0	0								Veränderung	70.000	70.000	0	0	0	0	0	0				
			BIBS																																																																												
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0																																																																				
			neu	70.000	0	70.000	0	0	0	0	0																																																																				
			Veränderung	70.000	70.000	0	0	0	0	0	0																																																																				
15 172 3E.66 NEU Radweg L611 / Vorplanung																																																																															
<table border="1"> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>DIE LINKE</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>bisher</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>neu</td><td>35.000</td><td>0</td><td>35.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>Veränderung</td><td>35.000</td><td>35.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table> <p>Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein weitergehender Antrag der BIBS-Fraktion vor (Nr. 171).</p>																			DIE LINKE																bisher	0	0	0	0	0	0	0	0								neu	35.000	0	35.000	0	0	0	0	0								Veränderung	35.000	35.000	0	0	0	0	0	0				
			DIE LINKE																																																																												
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0																																																																				
			neu	35.000	0	35.000	0	0	0	0	0																																																																				
			Veränderung	35.000	35.000	0	0	0	0	0	0																																																																				
16 177 3E.66 NEU Querumer Kreisel bis Berliner Str. / Vorplanung Stadtteilverbindungen Radverkehr																																																																															
<table border="1"> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>BIBS</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>bisher</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>neu</td><td>30.000</td><td>0</td><td>30.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>Veränderung</td><td>30.000</td><td>30.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table> <p>Anmerkung der Verwaltung: zusätzliche Haushaltssumme in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Radverkehrsanlagen zur Realisierung einer Stadtteilverbindung Querumer Kreisel - Bevenroder Str. - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Str.</p>																			BIBS																bisher	0	0	0	0	0	0	0	0								neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	0								Veränderung	30.000	30.000	0	0	0	0	0	0				
			BIBS																																																																												
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0																																																																				
			neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	0																																																																				
			Veränderung	30.000	30.000	0	0	0	0	0	0																																																																				
17 178 3E.66 NEU Kanzlerfeld-Watenbüttel / Vorplanung Lückenschluss Radwegeverbindung																																																																															
<table border="1"> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>DIE LINKE</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>bisher</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>neu</td><td>60.000</td><td>0</td><td>60.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>Veränderung</td><td>60.000</td><td>60.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table> <p>Anmerkung der Verwaltung: zusätzliche Haushaltssumme in Höhe von 60.000 EUR für 2021 für die Vorplanung des Lückenschlusses für eine Radwegeverbindung zwischen Watenbüttel und Kanzlerfeld auf existierenden landwirtschaftlichen Wegen</p>																			DIE LINKE																bisher	0	0	0	0	0	0	0	0								neu	60.000	0	60.000	0	0	0	0	0								Veränderung	60.000	60.000	0	0	0	0	0	0				
			DIE LINKE																																																																												
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0																																																																				
			neu	60.000	0	60.000	0	0	0	0	0																																																																				
			Veränderung	60.000	60.000	0	0	0	0	0	0																																																																				
18 4S.660006 Instandhaltungen Gemeindestraßen																																																																															
<table border="1"> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>SB 321</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>bisher</td><td>22.598.200</td><td>17.398.200</td><td>1.300.000</td><td>1.300.000</td><td>1.300.000</td><td>1.300.000</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>neu</td><td>22.728.200</td><td>17.398.200</td><td>1.430.000</td><td>1.300.000</td><td>1.300.000</td><td>1.300.000</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td>Veränderung</td><td>130.000</td><td>130.000</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td>0</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die geschätzten Sanierungskosten für den 850 m langen Radwegeabschnitt belaufen sich auf ca. 130.000 EUR.</p>																			SB 321																bisher	22.598.200	17.398.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	0								neu	22.728.200	17.398.200	1.430.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	0								Veränderung	130.000	130.000	0	0	0	0	0	0				
			SB 321																																																																												
			bisher	22.598.200	17.398.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	0																																																																				
			neu	22.728.200	17.398.200	1.430.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	0																																																																				
			Veränderung	130.000	130.000	0	0	0	0	0	0																																																																				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Bauausschuss Abstimmungsergebnis

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021	2022	2023	2024	Restbedarf ab 2025	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten		
							in €	in €	in €	in €	in €						
			26 Baumaßnahmen (Veränderungen)		2.000.000		500.000	950.000	300.000	-150.000	400.000						
19	179	5E.66 NEU	Uferstraße bis Innenstadt / Realisierung Veloroute	BIBS		bisher	0	0	0	0	0	0					
						neu	2.000.000	0	500.000	1.000.000	500.000	0	0				
						Veränderung	2.000.000		500.000	1.000.000	500.000	0	0				
20	194	55.660077	Fahrradstraßenetz Wallring /Lückenschl.	CDU		bisher	450.000	0	0	50.000	200.000	200.000	0	Verschieben der Finanzraten für die Herstellung des Lückenschlusses des Fahrradstraßennetzes Wallring um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
						neu	450.000	0	0	0	0	50.000	400.000				
						Veränderung	0		0	-50.000	-200.000	-150.000	400.000				
							VE 2024:	0	VE 2024 neu:	50.000	VE 2024 Veränderung:	50.000		Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Für die Personalkosten können auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.			

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Straßenerneuerungen

Straßenerneuerung Querumer Straße

20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionsaktivität (Veränderungen)	0	0	0	1.000.000	300.000	-1.300.000									
----	--	---	---	---	-----------	---------	------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

21	5E.660013 Querumer Str./Straßenerneuerung	SB 112	bisher	1.300.000	0	0	0	0	0	1.300.000		Vorziehen der Straßenerneuerung "Querumer Straße" von 2025 auf das Jahr 2021 ff;			
			neu	1.300.000	0	0	0	1.000.000	300.000	0		Anmerkung der Verwaltung: Mit dem Vorziehen der Maßnahme müssten auch die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen vorgezogen werden; die Planung und Projektvorbereitung für ein Projekt dieser Größe bedarf mehrerer Jahre. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Bevenroder Straße/Friedrich-Voigtländer-Straße/Querumer Straße erstellen zu lassen. Dieser Auftrag wird derzeit umgesetzt. Die Verwaltung empfiehlt, das Konzept abzuwarten. Planungen wären grundsätzlich ab 2022 möglich. Nach heutigem Stand würden Planungskosten von 350.000 EUR und Umsetzungskosten von 3,15 Mio EUR anfallen; es kann mit Einzahlungen von 1,3 Mio. EUR aus Straßenausbaubeiträgen gerechnet werden Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.			

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	0	350.000	0	2.000.000	1.150.000	-3.500.000								
----	---------------------------------	---	---------	---	-----------	-----------	------------	--	--	--	--	--	--	--	--

22	5E.660013 Querumer Str./Straßenerneuerung	SB 112	bisher	3.500.000	0	0	0	0	0	3.500.000		Vorziehen der Straßenerneuerung "Querumer Straße" von 2025 auf das Jahr 2021 ff;			
			neu	3.500.000	0	350.000	0	2.000.000	1.150.000	0		Anmerkung der Verwaltung: Mit dem Vorziehen der Maßnahme müssten auch die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen vorgezogen werden; die Planung und Projektvorbereitung für ein Projekt dieser Größe bedarf mehrerer Jahre. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Bevenroder Straße/Friedrich-Voigtländer-Straße/Querumer Straße erstellen zu lassen. Dieser Auftrag wird derzeit umgesetzt. Die Verwaltung empfiehlt, das Konzept abzuwarten. Planungen wären grundsätzlich ab 2022 möglich. Nach heutigem Stand würden Planungskosten von 350.000 EUR und Umsetzungskosten von 3,15 Mio EUR anfallen; es kann mit Einzahlungen von 1,3 Mio. EUR aus Straßenausbaubeiträgen gerechnet werden. Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.			

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Straßenerneuerung Alte Frankfurter Straße

19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	0	0					
23	189 a	5E.660075	Alte Frankfurter Str./Straßenerneuerung	CDU	bisher	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
					neu	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000				
					Veränderung	0	0	0	0	0	0	0				
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	0	0					
24	189 b	5E.660075	Alte Frankfurter Str./Straßenerneuerung	CDU	bisher	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
					neu	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000				
					Veränderung	0	0	0	0	0	0	0				
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0	-100.000	0	100.000	-2.000.000	2.000.000							
25	189 c	5E.660075	Alte Frankfurter Straße/Straßenerneuerung	CDU	bisher	6.100.000	0	100.000	0	0	2.000.000	4.000.000	Verschieben der Finanzraten für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
					neu	6.100.000	0	0	0	100.000	0	6.000.000				
					Veränderung	0	-100.000	0	100.000	-2.000.000	2.000.000					
						VE 2023:	0	VE 2023 neu:	100.000	VE 2023 Veränderung:	100.000		Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.			

Anlage 3 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Bauausschuss
Abstimmungsergebnis

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Aufstellung zusätzlicher Beleuchtungsanlagen

	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			95.000	95.000	0	0	0	0	0				
26		FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis) 5S.660050	SB 213												
				bisher	2.940.900	2.095.900	155.000	230.000	230.000	230.000	0	zusätzliche Haushaltssumme in Höhe von 95.000 € für 2021 für die Beleuchtung des Rad- und Fußweges an der Salzdahlumer Straße ab der Einmündung Jägersruh, Mascherode bis zur Einmündung in die Griegstraße (siehe auch Vorlage 19-10336-01)			
				neu	3.035.900	2.095.900	250.000	230.000	230.000	230.000	0				
				Veränderung	95.000	95.000	0	0	0	0	0				

Verkehrliche Umgestaltung Ortsteil Watenbüttel

	19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			150.000	0	0	150.000	0	0	0				
27		5E.66 NEU OT Watenbüttel / Verkehrliche Umgestaltung	SB 321												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in 2023 für die Planung und Realisierung einer Verkehrsberuhigung im Ortsteil Watenbüttel			
				neu	150.000	0	0	0	150.000	0	0				
				Veränderung	150.000	0	0	150.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Aus dem Antrag ist nicht erkennbar, welche Art von Verkehrsberuhigung gemeint ist, in welchem Bereich diese erfolgen und welchen Umfang diese haben soll. Denkbar wäre, in Anlehnung an eine frühere Ausbauplanung für die gesamte Ortsdurchfahrt den südlichen Ortseingangsbereich umzugestalten, um die Ortseingangssituation besser und eindeutiger wahrnehmbar zu machen. Bei einer Planung in 2021 (Planungsmittel ca. 60.000 €) wäre ein Förderantrag für die integrierten Bushaltestellen in 2022 und ein Bau in 2023 möglich. Die Baukosten liegen grob geschätzt bei ca. 600.000 €. Die Einnahmeerwartung bei ca. 150.000 €.			

	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			660.000	60.000	0	600.000	0	0	0				
28		5E.66 NEU OT Watenbüttel / Verkehrliche Umgestaltung	SB 321												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in 2023 für die Planung und Realisierung einer Verkehrsberuhigung im Ortsteil Watenbüttel			
				neu	660.000	0	60.000	0	600.000	0	0				
				Veränderung	660.000	60.000	0	600.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Aus dem Antrag ist nicht erkennbar, welche Art von Verkehrsberuhigung gemeint ist, in welchem Bereich diese erfolgen und welchen Umfang diese haben soll. Denkbar wäre, in Anlehnung an eine frühere Ausbauplanung für die gesamte Ortsdurchfahrt den südlichen Ortseingangsbereich umzugestalten, um die Ortseingangssituation besser und eindeutiger wahrnehmbar zu machen. Bei einer Planung in 2021 (Planungsmittel ca. 60.000 €) wäre ein Förderantrag für die integrierten Bushaltestellen in 2022 und ein Bau in 2023 möglich. Die Baukosten liegen grob geschätzt bei ca. 600.000 €. Die Einnahmeerwartung bei ca. 150.000 €.			

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Umbau Verkehrsführung Meinhardshof

			19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	-500.000	500.000						
29	185 a	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	CDU	bisher neu	500.000 500.000	0 0	0 0	0 0	500.000 0	0 500.000	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig				
					Veränderung		0	0	0	-500.000	500.000					
												Anmerkung der Verwaltung: Die Ansatzveränderungen der Verwaltung sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird.				
												Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.				
			20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	-139.000	139.000						
30	185 b	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	CDU	bisher neu	139.000 139.000	0 0	0 0	0 0	139.000 0	0 139.000	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig				
					Veränderung		0	0	0	-139.000	139.000					
												Anmerkung der Verwaltung: Die Ansatzveränderungen der Verwaltung sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird.				
												Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.				
			26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	0	-350.000	0	-1.250.000	-800.000	2.400.000						
31	185 c	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	CDU	bisher neu	2.750.000 2.750.000	0 0	350.000 0	0 0	1.600.000 350.000	800.000 0	Verschieben der Finanzraten für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig				
					Veränderung		0	-350.000	0	-1.250.000	-800.000	2.400.000				
							VE 2023: VE 2023 neu:	0 350.000	VE 2023 Veränderung:	350.000						
												Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.				
												Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.				

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Umbau Sonnenstr.-Am Hohen Tore

20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0	0	-675.000	-225.000	675.000	225.000						
32	186 a	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	CDU	bisher 900.000	0	0	675.000	225.000	0	0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für den Umbau des Straßenzuges Sonnstraße / Am Hohen Tore um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
				neu 900.000	0	0	0	0	675.000	225.000		Anmerkung der Verwaltung: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.			
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0	-250.000	-2.500.000	250.000	2.500.000	0						
33	186 b	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	CDU	bisher 2.750.000	0	250.000	2.500.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten für den Umbau des Straßenzuges Sonnstraße / Am Hohen Tore um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig			
				neu 2.750.000	0	0	0	250.000	2.500.000	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.			
				Veränderung 0	-250.000	-2.500.000	250.000	2.500.000	0			Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.			
					VE 2022: 2.500.000	VE 2022 neu: 0	VE 2022 Veränderung: -2.500.000								
					VE 2023: 0	VE 2023 neu: 250.000	VE 2023 Veränderung: 250.000								
					VE 2024: 0	VE 2024 neu: 2.500.000	VE 2024 Veränderung: 2.500.000								

Anlage 3 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Bauausschuss Abstimmungsergebnis

Abschließendes Ergebnis															
Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	gegen	enthalten

Umgestaltung Hagenmarkt

20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-400.000	0	0	-350.000	-50.000	0
34	195 a 5E.660142 FB 66:Hagenmarkt / Umgestaltung	FDP bisher 400.000 neu 0 Veränderung -400.000	0	0	350.000	50.000	0

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Neubau Park + Ride Donaustraße

		19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0					
36	188 a	5E.660051	P+R Donaustraße / Neubau	FDP	bisher	300.000	0	0	0	0	300.000	Verschieben der Finanzraten für den Neubau der Park & Ride-Anlage Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.				
					neu	300.000	0	0	0	0	300.000					
					Veränderung	0	0	0	0	0	0					
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	-50.000	0	50.000					
37	188 b	5E.660051	P+R Donaustraße / Neubau	CDU	bisher	650.000	100.000	0	0	50.000	0	500.000	Verschieben der Finanzraten für den Neubau der Park & Ride-Anlage Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.			
					neu	650.000	100.000	0	0	0	0	550.000				
					Veränderung	0	0	0	-50.000	0	50.000					

lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
----------	-----	------------------------	-------------------	-----------	------------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Brückenbaumaßnahmen

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										17	0	-40.000	-600.000	40.000	600.000	0
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	----	---	---------	----------	--------	---------	---

38	187	4E.660017	Brücke Donaustraße / Sanierung	CDU	bisher	640.000	0	40.000	600.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten für die Sanierung der Brücke Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig	Anmerkung der Verwaltung: Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert.		
					neu	640.000	0	0	0	40.000	600.000	0				
					Veränderung	0		-40.000	-600.000	40.000	600.000	0				

Baumaßnahmen (Veränderungen)										26	0	0	0	-810.000	810.000
---------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	----	---	---	---	----------	---------

39	190	5E.660113	Mühlenbrücke Bienrode ü.d.Sch. /Ersatz	CDU	bisher	680.000	0	0	0	0	80.000	600.000	Verschieben der Finanzraten 2024 /2025 für den Ersatzbau der Mühlenbrücke Bienrode ü. d. Schunter um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.	Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.		
					neu	680.000	0	0	0	0	0	680.000				
					Veränderung	0		0	0	0	-80.000	80.000				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Bauausschuss
Abstimmungsergebnis

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
40	191	5E.660137	Schunterbrücke Bienrode/Ersatzneubau	CDU												
					bisher	1.800.000	0	0	0	200.000	1.600.000					
					neu	1.800.000	0	0	0	0	1.800.000					
					Veränderung	0	0	0	0	-200.000	200.000					
41	192	5E.660155	Schunterbrücke Dibbesdorf/Ersatzneubau	CDU												
					bisher	2.530.000	0	0	0	230.000	2.300.000					
					neu	2.530.000	0	0	0	0	2.530.000					
					Veränderung	0	0	0	0	-230.000	230.000					
42	193	5E.660156	Schunterbrücke Thune/Ersatzneubau	CDU												
					bisher	2.400.000	0	0	0	300.000	2.100.000					
					neu	2.400.000	0	0	0	0	2.400.000					
					Veränderung	0	0	0	0	-300.000	300.000					

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Baumaßnahmen zu Bushaltestellen

19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)																
43	5S.660067	Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	SB 321	0 0 0 0 0 0								zusätzliche Einzahlungen (hier Zuwendungen) für die Schaffung beleuchteter und wetterschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen	Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtichtung Osten). Alle anderen Haltestellen in Lamme, namentlich Lammer Heide (FR Ost und West), Lammer Busch (beide), Rodedamm (FR Westen), Hohkamp (beide), Backhausweg (beide) und Hüttenweg (beide), sind bereits barrierefrei und bedarfsgerecht mit Wetterschutz ausgestattet. Somit sind nur 5 von 16 Bussteige in Lamme noch nicht ausgebaut. Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritär geplant werden sollten, wäre in 2023. Besagtes Bushaltestellenkonzept (DS 20-12696) hat allerdings eine stadtweite Prioritätenreihenfolge festgesetzt, damit entsprechend objektiver Kriterien die Reihenfolge der noch nicht barrierefrei umgebauten rund 430 Bussteige erfolgt. Ein Abweichen von dieser Rangfolge würde dem Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses zuwiderlaufen und zudem das stadtweite Konzept in Frage stellen.			
				bisher	3.039.612	1.739.612	400.000	300.000	300.000	300.000	0		Veränderung	-300.000	0	0
44	5S.660067	Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	SB 321	500.000 0 0 500.000 0 0								zusätzliche Haushaltssmittel für die Schaffung beleuchteter und wetterschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen	Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtichtung Osten). Alle anderen Haltestellen in Lamme, namentlich Lammer Heide (FR Ost und West), Lammer Busch (beide), Rodedamm (FR Westen), Hohkamp (beide), Backhausweg (beide) und Hüttenweg (beide), sind bereits barrierefrei und bedarfsgerecht mit Wetterschutz ausgestattet. Somit sind nur 5 von 16 Bussteige in Lamme noch nicht ausgebaut. Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritär geplant werden sollten, wäre in 2023. Besagtes Bushaltestellenkonzept (DS 20-12696) hat allerdings eine stadtweite Prioritätenreihenfolge festgesetzt, damit entsprechend objektiver Kriterien die Reihenfolge der noch nicht barrierefrei umgebauten rund 430 Bussteige erfolgt. Ein Abweichen von dieser Rangfolge würde dem Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses zuwiderlaufen und zudem das stadtweite Konzept in Frage stellen.			
				bisher	6.040.721	3.440.721	800.000	600.000	600.000	600.000	0		Veränderung	500.000	0	0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Abschaffung von Straßenausbaubeurträge

Die Straßenausbaubeurträge sollen abgeschafft werden. Hierzu liegt ein Antrag der BIBS-Fraktion und ein Antrag der FDP-Fraktion vor. Da der Antrag der BIBS-Fraktion keine Kompensation beinhaltet, ist dieser Antrag in der Berechnung der finanziellen Belastung berücksichtigt worden. Eine der Anträge ist abzulehnen.

Antrag der BIBS-Fraktion

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-1.000.000	-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0									
----	---	------------	----------	----------	----------	----------	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--

45	180 a	diverse Projekte	BIBS	bisher	1.000.000	0	250.000	250.000	250.000	250.000	0	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeurträge;			
				neu	0	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung:			
				Veränderung	-1.000.000		-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0	Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "FDP" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)			

20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-20.772.200	-2.517.200	-2.675.000	-2.591.000	-2.189.000	-10.800.000									
----	--	-------------	------------	------------	------------	------------	-------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

46	180 b	diverse Projekte	BIBS	bisher	57.182.460	36.410.260	2.517.200	2.675.000	2.591.000	2.189.000	10.800.000	geringere Investitionseinzahlungen durch Abschaffung von Straßenausbaubeurträge;			
				neu	36.410.260	36.410.260	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung:			
				Veränderung	-20.772.200		-2.517.200	-2.675.000	-2.591.000	-2.189.000	-10.800.000	Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "FDP" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)			

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Antrag der FDP-Fraktion

		10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0					
		47	181 a diverse Projekte	FDP	bisher neu	1.000.000 0	0 0	250.000 0	250.000 0	250.000 0	250.000 0	0 0	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen; der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden - vgl. FWE 146			
					Veränderung	-1.000.000		-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0				
		20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionsaktivität (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0					
		48	181 b diverse Projekte	FDP	bisher neu	57.182.460 36.410.260	36.410.260 36.410.260	2.517.200 0	2.675.000 0	2.591.000 0	2.189.000 0	10.800.000 0	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen; der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden - vgl. FWE 146			
					Veränderung	-20.772.200		-2.517.200	-2.675.000	-2.591.000	-2.189.000	-10.800.000				

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

sonstige Tiefbaumaßnahmen

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				17	75.000	75.000	0	0	0	0	0				
---	--	--	--	----	--------	--------	---	---	---	---	---	--	--	--	--

49	182	3E.66 NEU	Park-and-Ride /Überarbeitung Konzept	SPD	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Überarbeitung des Park-and-Ride-Konzeptes der Stadt Braunschweig			
					neu	30.000	0	30.000	0	0	0				
					Veränderung	30.000		30.000	0	0	0				

50		3E.66 NEU	Kreuzung Berliner Heerstraße- Ziegelkamp/Planung Umgestaltung	SB 114	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 25.000 EUR für 2021 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelkamp / Am Feuerteich für eine klare und eindeutige Verkehrsführung (nach dem Vorbild des neuen Kreisverkehrs Schapen)			
					neu	25.000	0	25.000	0	0	0				
					Veränderung	25.000		25.000	0	0	0				

51		4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 132	bisher	1.700.000	900.000	200.000	200.000	200.000	200.000	zusätzliche Haushaltssmittel i. H. v. 20.000 EUR in 2021 für den Bau eines Sitz- und Aufenthaltsbereiches (vgl. Parklets CITYDECKS) auf dem Gehweg vor der Begegnungsstätte Böcklerstraße 232			
					neu	1.720.000	900.000	220.000	200.000	200.000	200.000				
					Veränderung	20.000		20.000	0	0	0				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Bauausschuss
Abstimmungsergebnis

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	-----	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

52		4S.660020 FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 213	bisher	1.700.000	900.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung der Planungen zur Verkehrsberuhigung an der Kreuzung Möncheweg/Alte Kirchstraße gem. Vorlage 20-13930; sofern Teile der Umsetzung nicht durch den Dienstleistungsvertrag mit der Firma BELLIS abgedeckt sind			
				neu	1.500.000	900.000	*)	200.000	200.000	200.000	0				
				Veränderung	-200.000		*)	0	0	0	0				

Veränderungen Erträge (Zeile 10)	-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0
Veränderungen Aufwendungen (Zeile 17)	1.800.000	-570.000	70.000	630.000	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung	2.050.000	-320.000	320.000	880.000	0
Veränderungen Investitionseinzahlungen (Zeilen 19 - 23)	-2.517.200	-3.350.000	-2.203.500	-2.840.500	-10.111.000
Veränderungen Investitionsauszahlungen (Zeilen 25-30)	205.000	-2.150.000	250.000	-1.260.000	3.710.000
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung	2.722.200	1.200.000	2.453.500	1.580.500	13.821.000
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung	4.772.200	880.000	2.773.500	2.460.500	13.821.000

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigungen:

2022	-100.000
2023	-2.700.000
2024	1.150.000

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

- FWI 166 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

3E.66NEU

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Stadtteilverbindungen realisieren: Bauliche Neuordnung auf dem Bienroder Weg

Beschlussvorschlag

Zur weiteren Ausplanung zur Neuordnung der Fuß- und Radverkehrsanlagen auf dem Bienroder Weg (Ds. 19-12245) werden die in dieser Mitteilung näher benannten Planungskosten in Höhe 585.000 Euro (10% der benannten Realisierungskosten) in den Haushalt eingestellt. Alternativ können gemäß Vorschlag der Verwaltung zunächst die mit den größten Defiziten beurteilten Abschnitte 2, 3 und 4 (von der Nordstraße bis zur Siegfriedstraße) in den Haushalt eingestellt werden.

Begründung

Die weitere Ausplanung der Stadtteilverbindung Bienroder Weg soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

3E.66NEU

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660012

Seite des Investitionsprogramms:

1.226

Bezeichnung des Projektes: Programm Radwege/Neubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+ 210.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von €

2024 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

150.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
210	-	210	2022	2023	2024	-

Begründung:

Beschlussvorschlag

Im Haushalt werden 210.000 Euro eingestellt für die Fortsetzung der Detailplanung des Umbaus des Bienroder Weges gemäß dem Konzept zur baulichen Neuordnung der Fuß- und Radverkehrsanlagen (Drs. 19-12245). Die Detailplanung soll zunächst bis einschließlich Teilbereich 4 (Beginn des Bültenweges bis zur Siegfriedstraße/Ottenroder Straße) erfolgen.

Begründung:

Am 5. Dezember 2019 hat die Verwaltung dem Planungs- und Umweltausschuss ein sehr umfangreiches, durch das Ing.-Büro Weinkopf erarbeitetes Konzept zur Neuordnung der Fuß-

und Radverkehrsanlagen auf dem Bienroder Weg vorgestellt, das aufgrund eines Ratsbeschlusses von 2017 beauftragt worden war. Die 9 betrachteten Abschnitte und die Umbauvarianten sind bereits mit Kosten hinterlegt. Im Haushalt 2020 waren Mittel für Detailplanung und Bau des ersten Abschnittes eingestellt. Wie aus Mitteilung 20-14737 vom 20.11.2020 hervorgeht, verzögert sich die Ausführung, da für den Umbau einer Bushaltestelle erst Fördermittel beantragt werden müssen. Die Detailplanung der Folgeabschnitte sollte also frühzeitig erfolgen.

Die hier beantragte Planung beinhaltet die Anbindung des Campus Nord/CoLiving Campus.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FWI 168 -

SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

4E.660023

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: _____

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes: Sanierung der Nebenanlagen des Bienroder Weges - Realisierung des 3. Bereiches zwischen Einmündung Gewerbegebiet und Wodanstraße

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt 2021 beantragt

mehr/weniger (+/-) + 600.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von €

2024 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen (in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf
			2022	2023	2024	ab 2025

Begründung:

Im Rahmen der 2019 vorgestellten Studie zur Neuordnung der Nebenanlagen des Bienroder Weges wurde eine abschnittsweise Realisierung der Maßnahmen vorgeschlagen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation und der Relevanz der Neuordnung des Einmündungsbereiches zu den Neubaubereichen des nördlichen Ringgebietes (2. und 3. Bauabschnitt) ist eine Sanierung der Einmündungsbereichs zwischen Gewerbegebiet und Wodanstraße priorität erforderlich.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

4S.660026

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660026

Seite des Investitionsprogramms:

1182

Bezeichnung des Projektes: FB 66: Zuschüsse an Dritte - Förder. v. Lastenräder

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+30.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von €

2024 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
-220	-20	-50	-50	-50	-50	

Begründung:

Das bislang mit 20.000 € ausgestattete Förderprogramm für Lastenräder war ein so großer Erfolg, dass die Mittel bereits nach kürzester Zeit komplett ausgeschöpft wurden. Neben einer Verstärkung dieses Programms ist auch eine Aufstockung der Fördergelder sinnvoll, um damit die umwelt- und klimaschonende Mobilität in Braunschweig weiter zu fördern.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Projekt-Nr.
4S.660026

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660026

Seite des Investitionsprogramms:

1182

Bezeichnung des Projektes: für Lastenräder

FB 66: Zuschüsse an Dritte: Mittel für ein Förderprogramm

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt 2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+ 30.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von	€
2022 in Höhe von	€
2023 in Höhe von	€
2024 in Höhe von	€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

220.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen (in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	Planungsraten				Restbedarf ab 2025
		2021	2022	2023	2024	
-220	-20	-50	-50	-50	-50	0

Begründung:

Das Förderprogramm zur Anschaffung von Lastenrädern und Lastenpedelecs für gewerbliche, gemeinnützige und gemeinschaftliche Zwecke wird fortgesetzt und von 20.000 Euro auf 50.000 Euro jährlich aufgestockt. Das Förderprogramm 2020 fand sehr hohen Zuspruch und war in kürzester Zeit ausgeschöpft. Die Nachfrage besteht weiterhin.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 171 der Fraktion BIBS**Text:**

Die Verwaltung wird gebeten, die Vorplanungen für die Radwege an der L473 (Timmerlah - Groß Gleidingen) und der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel) zu beginnen. Hierfür werden 70.000 € in den Haushalt eingestellt

Begründung:

Die Vorplanung für die Radwege soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Die Zuständigkeit liegt bei der NLStBV. Der Rat hat mit dem Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ ein sehr umfassendes Maßnahmenpaket in städtischer Zuständigkeit beschlossen. Radwege an Landesstraßen in der Baulast des Landes sind nicht Teil dieses Beschlusses. Die begrenzten finanziellen und insbesondere personellen Ressourcen werden auf diese Maßnahmen konzentriert. Es ist nicht sinnvoll, einen Teil dieser begrenzten Ressourcen jetzt für Aufgaben des Landes zu binden. Die Verwaltung bittet das Land aber weiterhin regelmäßig um den Bau von Radwegen an allen Landesstraßen in Braunschweig.

gez. Leuer _____
Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 172 der Fraktion
DIE LINKE****Text:**

Radwege Völkenrode - Bortfelder Kreisel

Beschlussvorschlag:

Ein Budget in Höhe von 35.000 Euro wird für die Vorplanung des Radweges an der L611 zwischen Völkenrode und Bortfelder Kreisel im Haushalt bereitgestellt.

Begründung:

Initiativen aus Völkenrode und Wendeburg setzen sich seit 30 Jahren für einen Radweg an der L611 ein, der einen Lückenschluss zum Peiner Radwegenetz darstellen und insbesondere die Gemeinden Wendeburg und Bortfeld an Braunschweig anbinden würde. Bisher müssen Radfahrende die Straße nutzen, auf der zum großen Teil Tempo 100 gefahren werden darf.

Der Bau des Radweges bekommt eine neue Dringlichkeit dadurch, dass in Zukunft 80 Braunschweiger Schülerinnen und Schüler die Oberschule in Wendeburg besuchen werden. Der Radweg an der L611 wird vom Land Niedersachsen bisher nicht im „vordringlichen Bedarf“ im „Radwegekonzept 2016 an Landstraßen“ berücksichtigt.

Aber das Land hat die Mittel für den Radwegebau für die kommenden beiden Jahre gerade um 20 Millionen Euro aufgestockt. Die Stadt Braunschweig muss jetzt die Vorplanung dieses Radweges vornehmen, um von dieser Aufstockung oder anderen neuen Förderprogrammen profitieren zu können.

Die Planungskosten für den Radweg hätte die Stadt Braunschweig in jedem Fall zu tragen. Am 14.7.2020 hat der Rat den Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ verabschiedet. Die beantragte Maßnahme ist Ziel 2: „Attraktives Radverkehrsnetz schaffen“ zuzuordnen.

Stellungnahme:

Die Zuständigkeit liegt bei der NLStBV. Der Rat hat mit dem Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ ein sehr umfassendes Maßnahmenpaket in städtischer Zuständigkeit beschlossen. Radwege an Landesstraßen in der Baulast des Landes sind nicht Teil dieses Beschlusses. Die begrenzten finanziellen und insbesondere personellen Ressourcen werden auf diese Maßnahmen konzentriert. Es ist nicht sinnvoll, einen Teil dieser begrenzten Ressourcen jetzt für Aufgaben des Landes zu binden. Die Verwaltung bittet das Land aber weiterhin regelmäßig um den Bau von Radwegen an allen Landesstraßen in Braunschweig.

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 173 der Fraktion BIBS**Text:**

Pilot-Velorouten realisieren: Bohlweg - Helmstedter Straße - Schöppenstedter Turm:
Zur weiteren Ausplanung und Realisierung der Veloroute Bohlweg - Helmstedter Straße - Schöppenstedter Turm werden Planungsmittel in Höhe von 30.000 Euro bereitgestellt.

Begründung:

Die weitere Ausplanung dieser Veloroute soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß den Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Im Rahmen der DS 20-14848-01 hat die Verwaltung ihre Empfehlung bezüglich der Planung einer ersten Veloroute für Braunschweig dargelegt:

„Zum aktuellen Zeitpunkt liegen aber weder die Definition einer Veloroute noch Netzvorschläge als Auswahlgrundlage vor. Vor diesem Hintergrund sollte jetzt noch keine erste Veloroute ausgewählt und noch keine Festlegung zu der vorgeschlagenen Ost-West-Route getroffen werden [...].“ Die Verwaltung wird zeitnah Vorschläge zur Definition und zu möglichen Routen vorlegen.

gez. Leuer _____
Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 174 der Fraktion BIBS

Text:

Pilot-Velorouten realisieren: Raffturm - Madamenweg – Innenstadt

Zur weiteren Ausplanung und Realisierung der Veloroute Raffturm - Madamenweg - Altstadtmarkt, Innenstadterschließung über den südlichen Wallring werden Planungsmittel in Höhe von 200 000 Euro bereitgestellt. Die Detailplanung soll sich an den Vorschlägen der Radfahrverbände vom 16.09.2020 Anlage 4 orientieren. Die näheren Ausplanungen der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt-Hohetor-Madamenweg können hierbei mit in diese Planung als Teilstück einfließen.

Begründung:

Die weitere Ausplanung dieser Veloroute soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß den Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Im Rahmen der DS 20-14848-01 hat die Verwaltung ihre Empfehlung bezüglich der Planung einer ersten Veloroute für Braunschweig dargelegt:

„Zum aktuellen Zeitpunkt liegen aber weder die Definition einer Veloroute noch Netzvorschläge als Auswahlgrundlage vor. Vor diesem Hintergrund sollte jetzt noch keine erste Veloroute ausgewählt und noch keine Festlegung zu der vorgeschlagenen Ost-West-Route getroffen werden [...].“ Die Verwaltung wird zeitnah Vorschläge zur Definition und zu möglichen Routen vorlegen.

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 175 der Fraktion
DIE LINKE**

Text:

Planung einer Pilot-Veloroute

Beschlussvorschlag:

In den Haushalt werden Planungsmittel eingestellt für eine Pilot-Veloroute vom Raffturm über Madamenweg, südlichen Wallring, Bohlweg, Helmstedter Straße bis zum Schöppenstedter Turm. Die Anbindung der Innenstadt soll dabei sowohl aus Richtung Westen (Altstadtmarkt) als auch aus Richtung Osten (Bohlweg) gewährleistet sein.

Für die genaue Routenplanung ist eine Bürgerbeteiligung vorzusehen.

Begründung:

Am 14.7.2020 hat der Rat den Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ verabschiedet. Punkt 7 des Beschlusses beauftragt die Verwaltung, noch in 2020 in Zusammenarbeit mit den Radverbänden eine Veloroute als Pilotprojekt auszuwählen und im Haushalt 2021 Mittel dafür vorzusehen. Die Radverbände schlagen die hier beantragte Route vor.

Die beantragte Maßnahme ist Ziel 2: „Attraktives Radverkehrsnetz schaffen“ zuzuordnen und entspricht Maßnahme 8.1 und 8.2.

Stellungnahme:

Im Rahmen der DS 20-14848-01 hat die Verwaltung ihre Empfehlung bezüglich der Planung einer ersten Veloroute für Braunschweig dargelegt:

„Zum aktuellen Zeitpunkt liegen aber weder die Definition einer Veloroute noch Netzvorschläge als Auswahlgrundlage vor. Vor diesem Hintergrund sollte jetzt noch keine erste Veloroute ausgewählt und noch keine Festlegung zu der vorgeschlagenen Ost-West-Route getroffen werden [...].“ Die Verwaltung wird zeitnah Vorschläge zur Definition und zu möglichen Routen vorlegen.

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FWI 176 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

3E.66NEU

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Stadtteilverbindungen realisieren: Altstadtmarkt - Hohetor - Madamenweg

Beschlussvorschlag

Zur weiteren Ausplanung einer verbesserten Radwegeverbindung Altstadtmarkt - Hohetor - Madamenweg werden Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro bereitgestellt. Die Ausplanung soll insbesondere berücksichtigen, wie unter Einbeziehung der Sonnenstraße, der Anpassung der Knotenpunkte (insbesondere dem Knoten mit den Fahrradstraßen des Wallrings) und der Reduzierung des Kfz-Verkehrs auf ganzer Länge zwischen Altstadtring und Altstadtmarkt (vgl. Ds. 20-13477-01) der Radverkehr künftig in diesem Bereich attraktiv und leistungsfähig mit einem deutlich verringerten Kfz-Verkehr abzuwickeln ist.

Begründung

Die weitere Ausplanung der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt - Hohetor - Madamenweg soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 177 der Fraktion BIBS**Text:**

Stadtteilverbindungen realisieren: Querumer Kreisel - Bevenroder Straße - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Straße

Zur weiteren Ausplanung der Radverkehrsanlagen mit dem Ziel einer Stadtteilverbindung für Radfahrer zwischen "Querumer Kreisel - Bevenroder Straße - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Straße" werden Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Die weitere Ausplanung dieser Stadtteilverbindung soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrerverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Ein Konzept für diesen Bereich ist bereits finanziert und in Arbeit. Über weitergehende Planungen sollte darauf aufbauend entschieden werden.

gez. Leuer
Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

3E.66NEU

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660012

Seite des Investitionsprogramms:

1.226

Bezeichnung des Projektes: Programm Radwege/Neubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+ 60.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

€

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

€

2024 in Höhe von

€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

60.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
60	-	60	-	-	-	-

Begründung:

Lückenschluss Kanzlerfeld-Watenbüttel

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Lückenschluss für eine Radwege-Verbindung zwischen Watenbüttel und Kanzlerfeld auf existierenden landwirtschaftlichen Wegen herzustellen.

Für die Planung des Lückenschlusses werden 60.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

An dieser Stelle ließe sich mit voraussichtlich sehr geringem baulichen Aufwand eine sichere, attraktive Radwegeverbindung von Watenbüttel in Richtung Innenstadt schaffen.

Diese Route findet sich bereits im Radverkehrskonzept der Stadt von 1993 und wurde auch vom FB 67 zwischenzeitlich betrachtet (s. Drs. 3093/14 und 2471/13 mit den entsprechenden Stellungnahmen.) Dieser Lückenschluss soll jetzt in Angriff genommen werden. Dazu sollte die Verwaltung zunächst Gespräche mit den Grundstückseigentümern aufnehmen.

Am 14.7.2020 hat der Rat den Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ verabschiedet. Die beantragte Maßnahme ist Ziel 2: „Attraktives Radverkehrsnetz schaffen“ zuzuordnen.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 3E.66 Neu

Seite des Investitionsprogramms:

Bezeichnung des Projektes:

Veloroute Uferstraße - Feuerwehrstraße - Innenstadt

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+500.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von €

2024 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

2.000.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
2.000	30	500	2022	2023	2024	

Begründung:

Die Realisierung dieser Veloroute ist die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02), die mit dem Planungsbeschluss zum Haushalt 2020 umgesetzt werden soll. Die Verwaltung wird für 2021 beauftragt, nach Klärung des Begriffs "Veloroute" umgehend das Planungsbüro zu beauftragen, damit 2022 die Realisierung und der Bau der Veloroute Uferstraße begonnen werden kann.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 180 der Fraktion BIBS**Text:**

Die Straßenausbaubeitragssatzung wird abgeschafft.

Begründung:

Dadurch beseitigt werden soll die Ungerechtigkeit, dass nur Anwohner*innen für eine Zuzahlung herangezogen werden und nicht alle Straßennutzer. Die Beteiligung von direkten Anwohner*innen stellt eine unverhältnismäßige Zusatzbelastung für diese dar, die zudem auf Art und Umfang der Sanierung auch keinen Einfluss haben. Außerdem sind die Kommunen als Eigentümer der Straßen selbst verpflichtet, diese regelmäßig instand zu halten, sodass es gar nicht zu einer aufwändigen und teuren Komplettsanierung kommen sollte. Die Handhabung in anderen niedersächsischen Kommunen sieht unterschiedlich aus: Nach einer Umfrage des „NDR“ erhebt jede dritte Stadt in Niedersachsen gar keine Straßenausbaubeiträge. In immer mehr Kommunen werden die Straßenausbaubeiträge, die Anwohner*innen und Anlieger*innen unterschiedlich, unverhältnismäßig und ungerechtfertigt stark belasten, abgeschafft. Braunschweig sollte hier endlich auch eine angemessene und gerechte Verteilung der Kosten auf alle Bürger*innen der Stadt finden und dafür zunächst die Straßenausbaubeitragssatzung abschaffen.

Stellungnahme:

Der Antrag (FWI 180) über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist finanzwirksam ohne Gegenfinanzierungsvorschlag.

An den Kosten für die notwendige Unterhaltung und Instandsetzung werden die Anlieger nicht beteiligt. Erst, wenn es die Unterhaltung einzelner Straßen wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist, findet eine beitragspflichtige Erneuerung statt, die die Grundstückseigentümer mit Straßenausbaubeiträgen belastet.

Ab 2021 betragen die prognostizierten und im Haushalt veranschlagten Straßenausbaubeiträge rd. 2,9 Mio. € (brutto) pro Jahr. Die genannten 405.000 € aus dem Gesamthaushalt, Seite 185, sind keine Personal- oder Sachkosten für die Beitragsbearbeitung. Die jährlichen Personal- und Sachkosten betragen rd. 200.000 €. Um die jährlichen straßenbaulichen Maßnahmen mit einem durchschnittlichen Volumen von rd. 2,7 Mio. € (netto) auszugleichen, würde die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung um 20 Prozentpunkte nicht ausreichen.

Dieser Antrag ist identisch mit Antrag FWE_146 und FWI_181

gez. Leuer
Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 181 der Fraktion FDP

Text:

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Begründung:

Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGSt-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeiträge mehr als kompensieren, zudem entfiel Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ehh Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeiträge: Ansatz 2021: 405.000 €).

Stellungnahme:

An den Kosten für die notwendige Unterhaltung und Instandsetzung werden die Anlieger nicht beteiligt. Erst, wenn es die Unterhaltung einzelner Straßen wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist, findet eine beitragspflichtige Erneuerung statt, die die Grundstückseigentümer mit Straßenausbaubeiträgen belastet.

Ab 2021 betragen die prognostizierten und im Haushalt veranschlagten Straßenausbaubeiträge rd. 2,9 Mio. € (brutto) pro Jahr. Die genannten 405.000 € aus dem Gesamthaushalt, Seite 185, sind keine Personal- oder Sachkosten für die Beitragsbearbeitung. Die jährlichen Personal- und Sachkosten betragen rd. 200.000 €. Um die jährlichen straßenbaulichen Maßnahmen mit einem durchschnittlichen Volumen von rd. 2,7 Mio. € (netto) auszugleichen, würde die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung um 20 Prozentpunkte nicht ausreichen.

Dieser Antrag ist identisch mit Antrag FWE_146 und FWI_180

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Projekt-Nr.
3E.66NEU

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

- ## Neues Projekt

- Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.:

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes: Über...
Baunschweig

Überarbeitung des Park-and-Ride-Konzeptes der Stadt

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt 2021 beantragt

mehr/weniger (+/-) + 30.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre 2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von

2024 in Höhe von _____ €

— 1 —

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten				Restbedarf ab 2025
		2021	2022	2023	2024	

Begründung:

In ihrer Stellungnahme 20-14427 hat die Verwaltung deutlich gemacht, dass insbesondere hinsichtlich der Verbesserung des Angebotes von P+R-Plätzen für Berufspendler zum einen eine verlässliche Quantifizierung des vorhandenen Bedarfes notwendig ist und zum anderen eine Verknüpfung mit den Einpendlerverkehren aus dem Umland sinnvoll erscheint. Aschließend darf nicht unerwähnt bleiben, dass P+R nicht nur auf dem Stadtgebiet von Braunschweig stattfinden sollte: "Je kürzer der Weg mit dem Auto ist und je länger der Weg mit dem ÖPNV ist, desto sinnvoller ist hinsichtlich Ressourcenschonung und Verkehrsvermeidung das System P+R. Somit sind P+R-Anlagen in Verbindung mit attraktiven

ÖPNV-Angeboten im Umland ein wichtiger Faktor für geringere Verkehrsbelastungen in Braunschweig".

Um das Thema Park and Ride auch für den gerade in der Entwicklung befindlichen Mobilitätsentwicklungsplan entsprechend gewichten zu können, ist die Beauftragung einer entsprechenden Projektstudie notwendig.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 183 der Fraktion CDU**Text:**

Verschiebung Projekt 5E.660138 FB 66: BS-WF/SZ Thiede / Bau E-Radschnellweg

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

Stellungnahme:

Die von der Verwaltung eingeplanten Haushaltsmittel entsprechen den in der Planungs- und Finanzierungsvereinbarung über den Radschnellweg zwischen allen Beteiligten getroffenen Festlegungen. Die Verwaltung rät ab, diese vertragliche Vereinbarung durch Verschiebung von Haushaltsmitteln in die Zukunft einseitig aufzuweichen.

Darüber hinaus sind im Haushalt und IP nach dem Bruttoprinzip die Gesamtaufwendungen dargestellt. Gleichzeitig gibt es eine Fördermittelzusage des Landes mit Fördermitteln des Bundes und des Landes, so dass in einer Größenordnung von 75% der förderfähigen Kosten eine Einnahme erwartet wird.

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 184 der Fraktion CDU**Text:**

Verschiebung Projekt 5E.660139 FB 66: BS-Lehre-WOB / Bau E-Radschnellweg

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

Stellungnahme:

Die von der Verwaltung eingeplanten Haushaltsmittel entsprechen den in der Planungs- und Finanzierungsvereinbarung über den Radschnellweg zwischen allen Beteiligten getroffenen Festlegungen. Die Verwaltung rät ab, diese vertragliche Vereinbarung durch Verschiebung von Haushaltsmitteln in die Zukunft einseitig aufzuweichen.

Darüber hinaus sind im Haushalt und IP nach dem Bruttoprinzip die Gesamtaufwendungen dargestellt. Gleichzeitig gibt es eine Fördermittelzusage des Landes mit Fördermitteln des Bundes und des Landes, so dass in einer Größenordnung von 75% der förderfähigen Kosten eine Einnahme erwartet wird.

gez. Leuer _____
Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FWI 185 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660152

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660152

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

Verkehrsführung Meinhardshof / Umbau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

-350.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von 350.000 €

zu Lasten der Jahre

€

2022 in Höhe von 350.000 €

2023 in Höhe von 350.000 €

2024 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

€

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
2942			350			2592

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FWI 186 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660153

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660153

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

Sonnenstraße / Am Hohen Tore / Umbau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

-250.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von 250.000 €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von 250.000 €

2024 in Höhe von 2.700.000 €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

2.950.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
2950			250	2700		

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 187 der Fraktion CDU**Text:**

Verschiebung Projekt 4E.660017 FB 66: Brücke Donaustraße / Sanierung

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen.

Stellungnahme:

Diese Maßnahme kann nicht verschoben werden, da bei der letzten Bauwerksprüfung Abplatzungen im Bereich der Mittelkappen über den Gleisen der DB festgestellt worden sind. Die weiteren Arbeiten sind mit der DB vorabgestimmt.

Weiterhin hat die Verwaltung die Umsetzung dieser Instandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit den geplanten Instandsetzungsmaßnahmen der Gleise durch die BSVG über die Brücke geplant.

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FWI 188 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660051

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660051

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

P+R Donaustraße / Neubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

€

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

€

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

€

2024 in Höhe von

€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

653.803 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
653	103					550

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich somit auf 2025. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FWI 190 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660113

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660113

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

Mühlenbrücke Bienrode über die Schunter / Ersatz

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

€

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

€

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

€

2024 in Höhe von

€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

686.550 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
686	0,150					686

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich auf 2026.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 191 der Fraktion CDU**Text:**

Verschiebung Projekt 5E.660137 Schunterbrücke Bienrode / Ersatzneubau

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich auf 2026.

Stellungnahme:

Auf Grund des Schadenumfangs am Bauwerk kann das Projekt aus Sicht der Verwaltung nicht verschoben werden.

Der Überbau weist starke Abplatzungen mit freiliegender Bewehrung teils mit Querschnittsminderungen auf.

Darüber hinaus plant die Verwaltung den Ersatzneubau im Zusammenhang mit dem Projekt 5E.660140 Schunterflutbrücke Bienrode (ebenso mit einem schlechten Bauwerkszustand) welches zur gleichen Zeit und in unmittelbarer Nähe (ca. 50 m) umgesetzt werden soll. Ziel ist es Synergieeffekte bei einer parallelen Umsetzung der Projekte bei der Ausschreibung, Vergabe und Baudurchführung in finanzieller und technischer Hinsicht zu nutzen.

Es soll darüber hinaus geprüft werden, ob beide Bauwerk zu einem Neubau zusammengelegt werden können.

gez. Leuer
Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 192 der Fraktion CDU**Text:**

Verschiebung Projekt 5E.660155 Schunterbrücke Dibbesdorf / Ersatzneubau

Begründung:

Maßnahmen im Entwurf IP geplant ab Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich auf 2026.

Stellungnahme:

Das Brückenbauwerk weist einen schlechten Bauwerkszustand mit fortschreitender Schadensausbreitung auf. Aus Sicht der Verwaltung kann dies Projekt daher nicht verschoben werden.

Die in den Betonüberbau einbetonierten Stahlträger weisen einen starken Korrosionsverschleiß an der Unterseite auf.

gez. Leuer

Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 193 der Fraktion CDU**Text:**

Verschiebung Projekt 5E.660156 Schunterbrücke Thune / Ersatzneubau

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich auf 2026.

Stellungnahme:

Das Bauwerk aus 1890, erweitert 1965 und 1980 ist stark geschädigt (Korrosion mit Querschnittsminderung, Risse, Abplatzungen). Eine Verschiebung ist nicht vertretbar.

gez. Leuer
Dez. III

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FWI 194 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5S.660077

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5S.660077

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

Fahrradstraßennetz Wallring / Lückenschließung

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

€

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

€

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

€

2024 in Höhe von

54.000 €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

€

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
486					54	432

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660142

Seite des Investitionsprogramms:

1188

Bezeichnung des Projektes: Hagenmarkt/Umgestaltung

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt 2021 beantragt mehr/weniger (+/-) **-669.940 €**

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von **€**

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von **€**

2023 in Höhe von **€**

2024 in Höhe von **€**

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen **-3.291.020 €**

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen (in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
3.291	771	-69	2022	2023	2024	

Begründung:

Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage beantragen wir, die Umgestaltung des Hagenmarktes insgesamt zurückzustellen, bis zu einem späteren Zeitpunkt ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind und/oder notwendige Straßenbauarbeiten zu tätigen sind. Solange soll sich auf kleinere Verschönerungsmaßnahmen und Instandhaltung beschränkt werden. Die Umgestaltung ist in großen Teilen eine kosmetische Maßnahme, deren Umsetzung unter den gegebenen Umständen nicht zu rechtfertigen ist.

gez. Lehmann

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

**Nachrichtlich
Anträge im Original**

- FWI 171 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

3S.66NEU

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Radwege an der L473 (Timmerlah - Groß Gleidingen) und der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel)

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, die Vorplanungen für die Radwege an der L473 (Timmerlah - Groß Gleidingen) und der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel) zu beginnen. Hierfür werden 70.000 € in den Haushalt eingestellt

Begründung

Die Vorplanung für die Radwege soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

3E.66NEU

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660012

Seite des Investitionsprogramms:

1.226

Bezeichnung des Projektes: Programm Radwege/Neubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+ 35.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von €

2024 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

35.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			2024	Restbedarf ab 2025
35	-	35	-	-	-	-	-

Begründung:

Radwege Völkenrode - Bortfelder Kreisel

Beschlussvorschlag:

Ein Budget in Höhe von 35.000 Euro wird für die Vorplanung des Radweges an der L611 zwischen Völkenrode und Bortfelder Kreisel im Haushalt bereitgestellt.

Begründung:

Initiativen aus Völkenrode und Wendeburg setzen sich seit 30 Jahren für einen Radweg an der L611 ein, der einen Lückenschluss zum Peiner Radwegenetz darstellen und insbesondere

- FWI 172 -

die Gemeinden Wendeburg und Bortfeld an Braunschweig anbinden würde. Bisher müssen Radfahrende die Straße nutzen, auf der zum großen Teil Tempo 100 gefahren werden darf.

Der Bau des Radweges bekommt eine neue Dringlichkeit dadurch, dass in Zukunft 80 Braunschweiger Schülerinnen und Schüler die Oberschule in Wendeburg besuchen werden.

Der Radweg an der L611 wird vom Land Niedersachsen bisher nicht im „vordringlichen Bedarf“ im „Radwegekonzept 2016 an Landstraßen“ berücksichtigt.

Aber das Land hat die Mittel für den Radwegebau für die kommenden beiden Jahre gerade um 20 Millionen Euro aufgestockt. Die Stadt Braunschweig muss jetzt die Vorplanung dieses Radweges vornehmen, um von dieser Aufstockung oder anderen neuen Förderprogrammen profitieren zu können.

Die Planungskosten für den Radweg hätte die Stadt Braunschweig in jedem Fall zu tragen.

Am 14.7.2020 hat der Rat den Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ verabschiedet. Die beantragte Maßnahme ist Ziel 2: „Attraktives Radverkehrsnetz schaffen“ zuzuordnen.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

- FWI 173 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

3E.66NEU

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Pilot-Velorouten realisieren: Bohlweg - Helmstedter Straße - Schöppenstedter Turm

Beschlussvorschlag

Zur weiteren Ausplanung und Realisierung der Veloroute Bohlweg - Helmstedter Straße - Schöppenstedter Turm werden Planungsmittel in Höhe von 30.000 Euro bereitgestellt.

Begründung

Die weitere Ausplanung dieser Veloroute soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

- FWI 174 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

3E.66NEU

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Pilot-Velorouten realisieren: Raffturm - Madamenweg - Innenstadt

Beschlussvorschlag

Zur weiteren Ausplanung und Realisierung der Veloroute Raffturm - Madamenweg - Altstadtmarkt, Innenstadterschließung über den südlichen Wallring werden Planungsmittel in Höhe von 200 000 Euro bereitgestellt. Die Detailplanung soll sich an den Vorschlägen der Radfahrverbände vom 16.09.2020 Anlage 4 orientieren. Die näheren Ausplanungen der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt-Hohetor-Madamenweg können hierbei mit in diese Planung als Teilstück einfließen.

Begründung

Die weitere Ausplanung dieser Veloroute soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

3E.66NEU

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660012

Seite des Investitionsprogramms:

1.226

Bezeichnung des Projektes: Programm Radwege/Neubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt 2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+ 50.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von €

2024 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

50.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen (in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			2024	Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024		
50	-	50	-	-	-	-	-

Begründung:

Planung einer Pilot-Veloroute

Beschlussvorschlag:

In den Haushalt werden Planungsmittel eingestellt für eine Pilot-Veloroute vom Raffturm über Madamenweg, südlichen Wallring, Bohlweg, Helmstedter Straße bis zum Schöppenstedter Turm. Die Anbindung der Innenstadt soll dabei sowohl aus Richtung Westen (Altstadtmarkt) als auch aus Richtung Osten (Bohlweg) gewährleistet sein.

Für die genaue Routenplanung ist eine Bürgerbeteiligung vorzusehen.

Begründung:

Am 14.7.2020 hat der Rat den Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ verabschiedet. Punkt 7 des Beschlusses beauftragt die Verwaltung, noch in 2020 in Zusammenarbeit mit den Radverbänden eine Veloroute als Pilotprojekt auszuwählen und im Haushalt 2021 Mittel dafür vorzusehen. Die Radverbände schlagen die hier beantragte Route vor.

Die beantragte Maßnahme ist Ziel 2: „Attraktives Radverkehrsnetz schaffen“ zuzuordnen und entspricht Maßnahme 8.1 und 8.2.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

- FWI 177 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

3E.66Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Stadtteilverbindungen realisieren: Querumer Kreisel - Bevenroder Straße - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Straße

Beschlussvorschlag

Zur weiteren Ausplanung der Radverkehrsanlagen mit dem Ziel einer Stadtteilverbindung für Radfahrer zwischen "Querumer Kreisel - Bevenroder Straße - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Straße" werden Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung

Die weitere Ausplanung dieser Stadtteilverbindung soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

- FWI 180 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Abschaffung Straßenausbaubeiträge

Beschlussvorschlag

Die Straßenausbaubeitragssatzung wird abgeschafft.

Begründung

Dadurch beseitigt werden soll die Ungerechtigkeit, dass nur Anwohner*innen für eine Zuzahlung herangezogen werden und nicht alle Straßennutzer.

Die Beteiligung von direkten Anwohner*innen stellt eine unverhältnismäßige Zusatzbelastung für diese dar, die zudem auf Art und Umfang der Sanierung auch keinen Einfluss haben.

Außerdem sind die Kommunen als Eigentümer der Straßen selbst verpflichtet, diese regelmäßig instand zu halten, sodass es gar nicht zu einer aufwändigen und teuren Komplettanierung kommen sollte.

Die Handhabung in anderen niedersächsischen Kommunen sieht unterschiedlich aus: Nach einer Umfrage des „NDR“ erhebt jede dritte Stadt in Niedersachsen gar keine Straßenausbaubeiträge.

In immer mehr Kommunen werden die Straßenausbaubeiträge, die Anwohner*innen und Anlieger*innen unterschiedlich, unverhältnismäßig und ungerechtfertigt stark belasten, abgeschafft. Braunschweig sollte hier endlich auch eine angemessene und gerechte Verteilung der Kosten auf alle Bürger*innen der Stadt finden und dafür zunächst die Straßenausbaubeitragssatzung abschaffen.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2021

Überschrift

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Teilhaushalt: _____, Seite: 211

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Beiträge u. ähn. Entgelte f. Invest., Zeile: _____

Produktnummer: 689120, Seite: 211

Produktbezeichnung: Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) _____ + 2.112.200 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: 301210, Seite: 977

Produktbezeichnung: Grundsteuer B

Deckungsbetrag (+ / -) _____ - 20.000.000 €

Begründung

Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGSt-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeiträge mehr als kompensieren, zudem entfiel Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ergebnishaushalt Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeiträge: Ansatz 2021: 405.000€).

gez. Lehmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FWI 183 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660138

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660138

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

FB 66: BS-WF/SZ Thiede / Bau E-Radschnellweg

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

-76.357 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von 76.357 €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von €

2023 in Höhe von 76.357 €

2024 in Höhe von 52.000 €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
7919				76	52	7400

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FWI 184 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660139

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660139

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

FB 66: BS-Lehre-WOB / Bau E-Radschnellweg

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

-21.774 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

21.774 €

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

21.774 €

2024 in Höhe von

52.000 €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

€

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
6878	392			21	52	6412

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660137

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

Schunterbrücke Bienrode / Ersatzneubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

€

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

€

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

€

2024 in Höhe von

€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

1.816.000 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
1816						1816

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich auf 2026.

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FWI 192 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660155

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660155

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

Schunterbrücke Dibbesdorf / Ersatzneubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

€

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

€

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

€

2024 in Höhe von

€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

2.548.400 €

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
2548						2548

Begründung:

Maßnahmen im Entwurf IP geplant ab Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich auf 2026.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FWI 193 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Projekt-Nr.

5E.660156

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021 / INVESTITIONSPROGRAMM 2020 - 2024

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660156

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes:

Schunterbrücke Thune / Ersatzneubau

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2021 beantragt

mehr/weniger (+/-)

€

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2021 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von

€

zu Lasten der Jahre

2022 in Höhe von

€

2023 in Höhe von

€

2024 in Höhe von

€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

€

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt-kosten	Vorjahre	2021	Planungsraten			Restbedarf ab 2025
			2022	2023	2024	
2424						2424

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Der Beginn verschiebt sich auf 2026.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Anlage 4

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

DIE FRAKTION P²

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB66

Produkt
Diverse

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

StadtLabor Straße: Nachhaltige Mobilität Innenstadt zur EMW 2021

Beschlussvorschlag

Die Stadt Braunschweig wird an der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) teilnehmen und im Rahmen dessen ein StadtLabor Innenstadt durchführen.

Hierzu wird die Verwaltung mit der Planung, Durchführung und Evaluation eines solchen Reallabores mit einer „Innenstadt ohne fahrende Pkws“ beauftragt, um Chancen und Konsequenzen für die Stadtbevölkerung sichtbar und erlebbar zu machen sowie Substitutionspotenziale für innerstädtische Pkw-Fahrten zu diskutieren und aufzuzeigen.

Ein Konzept soll den zuständigen Gremien rechtzeitig vorgelegt werden. Entsprechende Akteure aus Forschung, Wirtschaft, Verkehrsunternehmen und Zivilgesellschaft sind zu involvieren.

Die zur Planung und Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen. Es ist zu prüfen, ob Fördergelder wie z. B. im Rahmen der „MobilitätsWerkStadt 2025“ einzuwerben sind.

Begründung

Zur bisherigen Form von Einwohnerbeteiligung – workshops – machen Stadt- bzw. Reallabore die Änderungen für die Beteiligten vor Ort erlebbar, begreifbar und wissenschaftlich auswertbar. Außerdem sind diese Änderungen umkehrbar – ein Experiment, mit dessen Ergebnissen zielgerichtete Lösungen zur nachhaltigen Mobilität lokal entwickelt werden können.

Im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) bietet es sich an, temporär Teile des öffentlichen Raumes zu einem Reallabor werden zu lassen – hier der Bereich der Innenstadt, welcher ohne fahrende Pkw an diesem Tag erlebbar sein soll.

Die bisherigen Diskussionen zu diesem Thema waren immer theoretisch und oftmals geprägt vom subjektiven Empfinden. Dieser Stadtlabortag soll dies ändern, neben faktenbasierten Diskussionen ermöglicht er das praktische Ausprobieren, ein experimentelles Handeln an dem jeder teilhaben kann. Diese Kombination in Verbindung mit der Evaluation bietet eine Grundlage, um die Stärken und Schwächen der nachhaltigen Mobilität und Qualität in der Braunschweiger Innenstadt aufzuzeigen und dementsprechend zielgerichtet zu handeln.

gez. C. Bley

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FU 075 -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

4S.660012

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Standardisierung und Optimierung von Fahrradstraßen

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende 2021 das Braunschweiger Fahrradstraßennetz auf mögliche Vorfahrtregelungen für den Radverkehr und Minimierungen des PKW-Durchgangsverkehrs zu überprüfen und bei Möglichkeit umzusetzen. Die Ergebnisse der Prüfungen und Einrichtungsvorschläge weiterer Fahrradstraßen werden den Gremien zur Information bzw. Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung

Die Standardisierung und Optimierung von Fahrradstraßen soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

- FU 076 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

5E.660142

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Sperrvermerk am Projekt Hagenmarkt

Beschlussvorschlag

Das Projekt Hagenmarkt (5E.660142 im Investitionsprogramm) wird mit einem Sperrvermerk versehen, dieser kann durch Ratsbeschluss aufgehoben werden.

Begründung

Beim Projekt Hagenmarkt sind im Investitionsprogramm (IP) derzeit Ausgaben in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro vorgesehen. Im IP 2020 beliefen sich die veranschlagten Kosten noch auf etwa 1,3 Millionen und lagen damit um zwei Millionen niedriger.

Zum einen laufen derzeit kontroverse Diskussionen darüber, ob die von der Verwaltung favorisierte Version umgesetzt werden sollte und falls ja, in welcher Ausführung. In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 4. November 2020 wurde der Punkt daher zurückgestellt.

Zum anderen müssen angesichts der finanziellen Lage der Stadt Braunschweig mit einem massiven Schuldenaufbau bis auf eine Milliarde Euro in 2024 auch liebgewonnene Projekte auf den Prüfstand gestellt werden. Für die CDU-Fraktion kann es beim Hagenmarkt deshalb nur eine Minimallösung geben. Dementsprechend wurde ein umfangreicher Fragenkatalog an die Bauverwaltung gesandt, damit die Kosten der einzelnen Bausteine offengelegt und diese bewertet werden können. Mit Stand vom 4.12.2020 lagen die Antworten noch nicht vor.

Um beide Aspekte aufzugreifen, soll das Projekt mit einem Sperrvermerk versehen werden, welcher durch den Rat aufgehoben werden kann.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021					
FPA am 04.03.2021					

Anlage 5

Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts

Anlage 5 - Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Bauausschuss
Abstimmungsergebnis

Ifd. Nr.	Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024									
Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						

Teilhaushalt Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr

		15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.761.400	8.760.100	0	-	1.300	0	-	1.300	0	-	1.300	0	-	1.300			
1	83	660-0000	Leitung Fachbereich 66	Umorganisation Planfeststellungsverfahren Im Rahmen der Umorganisation des Planfeststellungsverfahrens werden Aufwandsmittel vom FB 66 zum Ref. 0600 umgesetzt. In Bezug auf Planfeststellungsverfahren fallen insbesondere Kosten für Aus- und Fortbildung sowie Veröffentlichungen an.												dauerhaft	426120 Aus- und Fortbildung			
2	84	660-0000	Leitung Fachbereich 66	Umorganisation Planfeststellungsverfahren Im Rahmen der Umorganisation des Planfeststellungsverfahrens werden Aufwandsmittel vom FB 66 zum Ref. 0600 umgesetzt. In Bezug auf Planfeststellungsverfahren fallen insbesondere Kosten für Aus- und Fortbildung sowie Veröffentlichungen an.												dauerhaft	427180 Veröffentlichungen			

Anlage 6

Erstattungen an die Sonderrechnung Fachbereich 65

Anlage 6 - Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung - Erstattungen an die Sonderrechnung Fachbereich 65

													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
lfd. Nr.	Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	2021		2022		2023		2024		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	dafür	dagegen	enthalten

Teilhaushalt Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr

		19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	178.380	0	178.380	0	178.380	0	178.380					
1	29	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten								dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement			

Anlage 7

Ansatzveränderungen des
Finanzhaushalts (inkl. IP) 2020 - 2024

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
														dafür	dagegen	enthalten

Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr

Fahrradparken am Bahnhof

10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)													
360.000 360.000 0 0 0 0 0													
1	56 a	4E.660018 Fahrradabstellanlage HBF /Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 360.000 EUR für 2021 für den Neubau einer Fahrradabstellanlage am Bahnhof (Nachveranschlagung der Förderung für die Fahrradabstellanlage am HBF i. H. v. 60%)		
			neu	360.000	0	360.000	0	0	0	0	Gesamtkosten: 600.000 EUR; Gesamteinnahmen: 360.000 EUR)		
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)													
600.000 0 600.000 0 0 0 0													
2	56 b	4E.660018 Fahrradabstellanlage HBF /Neubau	bisher	600.000	600.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2021 für den Neubau einer Fahrradabstellanlage am Bahnhof (Nachveranschlagung der Haushaltssmittel, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltssrest in 2021 übertragen werden können)		
			neu	1.200.000	600.000	600.000	0	0	0	0	Gesamtkosten: 600.000 EUR; Gesamteinnahmen: 360.000 EUR)		
Veränderung 600.000 600.000 0 0 0 0 0													

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

												Bauausschuss			
												Abstimmungsergebnis			
Ifd. Nr	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten	Plan und Ist Vorjahre	2021	2022	2023	2024	Restbedarf ab 2025	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten

Okerbrücke Leiferde

19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	360.000	0	360.000	0	0	0
----	--	---------	---	---------	---	---	---

3	57 a	5E.660021 Okerbrücke Leiferde/Neubau	bisher	2.840.000	450.000	2.390.000	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 360.000 EUR für 2022 für den Neubau der Okerbrücke (Gesamteinnahmen bisher: 2.840.000 EUR, Gesamteinnahmen neu: 3.200.000 EUR)
			neu	3.200.000	450.000	2.390.000	360.000	0	0	0	
			Veränderung	360.000		0	360.000	0	0	0	

20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	39.000	35.000	0	4.000	0	0
-----------	--	---------------	---------------	----------	--------------	----------	----------

4	57 b	5E.660021 Okerbrücke Leiferde/Neubau	bisher	161.000	0	145.000	0	16.000	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen in Höhe von 39.000 EUR für 2021 und 2023 für den Neubau der Okerbrücke (Gesamteinnahmen bisher: 161.000 EUR, Gesamteinnahmen neu: 200.000 EUR)
			neu	200.000	0	180.000	0	20.000	0	0	
			Veränderung	39.000		35.000	0	4.000	0	0	

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	750.000	0	750.000	0	0	0
----	--	---------	---	---------	---	---	---

5	57 c 5E.660021 Okerbrücke Leiferde/Neubau	bisher	6.099.993	1.499.993	4.300.000	300.000	0	0	0	<p style="margin: 0;">zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für 2022 für den Neubau der Okerbrücke (Gesamtausgaben bisher: rd. 6,1 Mio. EUR, Gesamtausgaben neu: rd. 6,9 Mio. EUR).</p> <p style="margin: 0;">Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2022: 1.050.000 EUR</p>
		neu	6.849.993	1.499.993	4.300.000	1.050.000	0	0	0	
		Veränderung	750.000	0	750.000	0	0	0		
		VE 2022:	0	VE 2022 neu:	1.050.000	VE 2022 Veränderung:	1.050.000			

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten	Plan und Ist Vorjahre	Bemerkungen					Bauausschuss		
							2021	2022	2023	2024	Restbedarf ab 2025	dafür	dagegen	enthalten
					in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €			

Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg

20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-250.000	-800.000	550.000	0	0	0
-----------	--	-----------------	-----------------	----------------	----------	----------	----------

6	58 a	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str.-Bienroder W./Neubau	bisher	1.295.047	495.047	800.000	0	0	0	0	geringere Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen in Höhe von 250.000 EUR und Verschiebung von 550.000 EUR von 2021 nach 2002		
				neu	1.045.047	495.047	0	550.000	0	0	0			
				Veränderung		-250.000		-800.000	550.000	0	0	0		

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	-1.500.000	-1.500.000	0	0	0	0
----	--	------------	------------	---	---	---	---

7	58 b	5E.660101	Stadistr. Hamb. Str.-Bienroder W./Neubau	bisher	11.317.770	3.467.770	1.500.000	100.000	100.000	0	6.150.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,5 Mio. EUR für den Neubau der Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (Grund: Planstraße S1 kann aus Haushaltsresten 2020 finanziert werden)		
				neu	9.817.770	3.467.770	0	100.000	100.000	0	6.150.000			
				Veränderung	-1.500.000	-1.500.000	0	0	0	0	0			
												Gesamtausgaben bisher: rd. 11,3 Mio. EUR, Gesamtausgaben neu: rd. 9,8 Mio EUR)		

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten	Plan und Ist Vorjahre	Bauausschuss					Abstimmungsergebnis			
							2021	2022	2023	2024	Restbedarf ab 2025	Abstimmungsergebnis			
							in €	in €	in €	in €	in €	in €	dafür	dagegen	enthalten

Umbau Meinhardshof

19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-500.000	0	0	0	-500.000	0
----	--	----------	---	---	---	----------	---

8	59 a	5E.660152 Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	bisher	500.000	0	0	0	0	500.000	0	geringere Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 500.000 EUR für 2024 für den Umbau des Meinhardshofes, da das Projekt nicht umgesetzt werden soll. Der Bereich ist verkehrssicher und weist keinen unmittelbaren Handlungsbedarf auf.		
			neu	0	0	0	0	0	0	0			
			Veränderung	-500.000	0	0	0	0	-500.000	0			

20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-139.000	0	0	0	-139.000	0
----	--	----------	---	---	---	----------	---

9	59 b	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	bisher	139.000	0	0	0	0	139.000	0	geringere Einzahlungen aus Beiträgen in Höhe von 139.000 EUR für 2024 für den Umbau des Meinhardhofs, da das Projekt nicht umgesetzt werden soll. Der Bereich ist verkehrssicher und weist keinen unmittelbaren Handlungsbedarf auf.
				neu	0	0	0	0	0	0	0	
				Veränderung	-139.000	0	0	0	-139.000	0		

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	-2.750.000	-350.000	0	-1.600.000	-800.000	0
-----------	--	-------------------	-----------------	----------	-------------------	-----------------	----------

10	59 c	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	bisher	2.750.000	0	350.000	0	1.600.000	800.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2,75 Mio. EUR für 2021-2024 für den Umbau des Meinhardshofes, da das Projekt nicht umgesetzt werden soll. Der Bereich ist verkehrssicher und weist keinen unmittelbaren Handlungsbedarf auf.		
				neu	0	0	0	0	0	0	0			
				Veränderung	-2.750.000		-350.000	0	-1.600.000	-800.000	0			

Umbau Bushaltestelle Altstadtmarkt

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	280.000	280.000	0	0	0	0
-----------	---	----------------	----------------	----------	----------	----------	----------

11	60	5E.660157	Altstadtmarkt/Umbau Haltestellen	bisher	300.000	0	300.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 280 T EUR für 2021 für den Wetterschutz der Haltestellen am Altstadtmarkt
				neu	580.000	0	580.000	0	0	0	0	
				Veränderung	280.000		280.000	0	0	0	0	
												Gesamtausgaben bisher: 300.000 EUR, Gesamtausgaben

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	Bauausschuss					
							Abstimmungsergebnis					
							dafür	dagegen	enthalten			

Umgestaltung des Lilienthalplatzes

20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	144.100	144.100	0	0	0	0					
----	--	---------	---------	---	---	---	---	--	--	--	--	--

12	61 a	5E.660150 Lilienthalplatz /Umgestaltung	bisher neu Veränderung	372.200 516.300 144.100	0 0 144.100	372.200 516.300 144.100	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen in Höhe von 144.100 EUR für die Umgestaltung des Lilienthalplatzes, Grundlage ist eine aktualisierte Kostenberechnung Gesamteinnahmen bisher: 928.400 EUR, Gesamteinnahmen neu: 1.072.500 EUR		
----	------	---	------------------------------	-------------------------------	-------------------	-------------------------------	-------------	-------------	-------------	---	--	--

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	208.600	208.600	0	0	0	0					
----	---------------------------------	---------	---------	---	---	---	---	--	--	--	--	--

13	61 b	5E.660150 Lilienthalplatz /Umgestaltung	bisher neu Veränderung	927.400 1.136.000 208.600	750.000 750.000 208.600	177.400 386.000 208.600	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltssittel in Höhe von 208.600 EUR für 2021 für die Umgestaltung des Lilienthalplatzes, Grundlage ist eine aktualisierte Kostenberechnung Gesamtkosten bisher: 927.400 EUR (ohne Grundstückskosten), Gesamtkosten neu: 1.136.000 EUR (ohne Grundstückskosten)		
----	------	---	------------------------------	---------------------------------	-------------------------------	-------------------------------	-------------	-------------	-------------	---	--	--

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	Bauausschuss					
							Abstimmungsergebnis					
							dafür	dagegen	enthalt			

Erschließungsmaßnahmen

Baugebiet Stöckheim-Süd

		19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-300.000	-250.000	-250.000	0	0	0			
14	62	5E.660107	Baugebiet Stöckheim-Süd /Erschließung	bisher neu	500.000 0	0 0	250.000 0	250.000 0	0 0	0 0	0 0	geringere Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 500 TEUR für die Erschließung des Baugebietes Stöckheim-Süd (Grund: Die eingeplante Förderung muss aufgrund eines ablehnenden Förderbescheides auf null reduziert werden)

Erschließung Wohnaugebiet Feldstraße

		20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	3.285.000	0	0	2.000.000	950.000	335.000			
15	63 a	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	bisher neu	0 3.285.000	0 0	0 0	0 2.000.000	0 950.000	0 335.000	0 0	zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen i. H. v. 3.285T EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstraße (Gesamtausgaben: 4,15 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 3,285 Mio. EUR)

		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	3.900.000	250.000	0	1.000.000	450.000	2.200.000			
16	63 b	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	bisher neu	250.000 4.150.000	250.000 250.000	0 250.000	0 1.000.000	0 450.000	0 2.200.000	0 0	zusätzliche Haushaltssittel i. H. v. 3.900T EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstraße (Gesamtausgaben: 4,15 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 3,285 Mio. EUR)

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	Bauausschuss					
							Abstimmungsergebnis					
							dafür	dagegen	enthalten			

sonstige Tieumbaßnahmen

17	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	125.000	125.000	0	0	0	0				
----	----	--	---------	---------	---	---	---	---	--	--	--	--

17	64	4S.660012 Programm Radwege/Neubau	bisher neu	2.225.524 2.350.524	1.425.524 1.425.524	200.000 325.000	200.000 200.000	200.000 200.000	200.000 200.000	0 0	zusätzliche Haushaltmittel in Höhe von 125.000 EUR für 2021 für die Überarbeitung der Radwegweisung. Grundlage ist die im Auftrag des Rates erstellte Überarbeitungsplanung.	
			Veränderung	125.000	125.000	0	0	0	0	0		

19	19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	200.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0				
----	----	--	---------	--------	--------	--------	--------	---	--	--	--	--

18	65	5S.660055 Ablösebeträge v. Einstellpl.	bisher neu	1.326.300 1.526.300	1.326.300 1.326.300	0 50.000	0 50.000	0 50.000	0 50.000	0 0	zusätzliche Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 50.000 EUR jährlich für die Ablöse von Einstellplätzen.	
			Veränderung	200.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	Hinweis: Weitere 25.000 EUR an eingeplanten Einnahmen befinden sich in der Liste der Haushaltsoptimierung (V114).	

26	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	550.000	250.000	100.000	100.000	100.000	0				
----	----	---------------------------------	---------	---------	---------	---------	---------	---	--	--	--	--

19	66	4S.660012 Programm Radwege/Neubau	bisher neu	6.136.044 6.136.044	1.136.044 250.000	250.000 500.000	500.000 1.750.000	1.750.000 2.500.000	2.500.000 0	0 0	zusätzlicher Antrag auf Einrichtung einer Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 500.000 EUR in 2022 für den Neubau von Radwegen (Umsetzung des Ratsbeschlusses 20-13342-02).	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0		
			VE 2022:	0	VE 2022 neu:	500.000	VE 2022 Veränderung:	500.000				

Anlage 7 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	Bauausschuss									
							Abstimmungsergebnis									
							2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalt	
20	67	5S.660039	Global-Baumaßnahmen				bisher 805.200 neu 955.200	605.200 200.000	50.000 50.000	50.000 50.000	50.000 50.000	0 0				
							Veränderung 150.000	150.000	0	0	0	0				
21	68	5S.660050	Global-Neue Invest.(Bellis)				bisher 2.940.900 neu 3.340.900	2.095.900 2.095.900	155.000 255.000	230.000 330.000	230.000 330.000	230.000 330.000	0 0			
							Veränderung 400.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Hinweis: Im Rahmen der Ansatzveränderungen zur HHO wird dieser Ansatz um weitere 400.000 € in 2021 für die Anschaffung von Parkscheinautomaten erhöht (s. HHO V 115).			

Anlage 8

Vorschläge zur Haushaltsoptimierung

Anlage 8 - Vorschläge zur Haushaltsoptimierung

Datum: 15.01.2021



Bauausschuss

Ifd. Nr.	Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt						Abstimmungsergebnis		
								2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt	dafür	dagegen	enthalten
	Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge							Beschlossene Haushaltswirkung								
		Produkt	Projekt	Sachkonto	Bemerkung zum Einzelvorschlag			2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt			
1	Zeile 1	093			Prüfung aller Maßnahmen zur Überwachung des fließenden Verkehrs im Zusammenhang		Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €			
	Zeile 2		1.12.1221.22	356110/356130	Einnahmen für Verwarn- und Bußgelder beim FB 32. Bisher nur Prüfauftrag								0 €			
2	Zeile 1	094			Beschaffung einer Semistation anstatt stationäre Messanlagen		Ertragserhöhung (zu prüfen)		200.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	1.400.000 €			
	Zeile 2		1.12.1221.22	356110/356130	Verwaltung schließt sich der Einschätzung der KGSt zur Nichtumsetzbarkeit des Vorschlags an				0 €	0 €	0 €	0 €	0 €			
3	Zeile 1	095			Geschwindigkeitsüberwachung auf Autobahnen		Ertragserhöhung (zu prüfen)		85.000 €	145.000 €	145.000 €	145.000 €	520.000 €			
	Zeile 2		1.12.1221.22	356110/356130	es besteht keine Verpflichtung zur Übernahme einer Aufgabe des Landes; Wirtschaftlichkeit ist nicht absehbar				0 €	0 €	0 €	0 €	0 €			
4	Zeile 1	096			Konzept zur (innerstädtischen) Geschwindigkeitsüberwachung		Ertragserhöhung (zu prüfen)		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €			
	Zeile 2		1.12.1221.22	356110/356130	Konzept liegt vor; Annahmen der KGSt nicht nachvollziehbar				0 €	0 €	0 €	0 €	0 €			
5	Zeile 1	097			Putztag: lediglich Durchführung mit Hilfe von Sponsoren sowie auf Flyer und hochwertige Plakate verzichten		Aufwandsreduzierung		20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	80.000 €			
	Zeile 2		700-0084	427140/427190	Aufwandsreduktion bei Sonderrechnung Abfallwirtschaft				20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	80.000 €			
6	Zeile 1	099			Abschaffung der Teilnahme der städtischen Bediensteten am Stadtputztag								0 €			
	Zeile 2		–	–	es gibt keine Verpflichtung städt. MA zur Teilnahme								0 €			
7	Zeile 1	103	keine		Erwirtschaftung von Erträgen und Abschaffung von teuren Schnittstellen z.B. zu Bellis oder der SE BS		Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €			
	Zeile 2		1.54.5400.02	445710	in Teilbereichen schon in der Umsetzung; wegen längerfristiger Verträge kurzfristig keine Haushaltswirkung								0 €			
8	Zeile 1	104			Ausweitung der städtischen Bauhöfe								0 €			
	Zeile 2		660-9803 660-9807	nrb	Bezug zu V 119								0 €			

9	Zeile 1	105				Beratungen und Ortstermine in Rechnung stellen							0 €			
	Zeile 2															
10	Zeile 1	106				Verlängerungen von Sondernutzungen und verkehrsbehördlichen Anordnungen verteuern							0 €			
	Zeile 2		1.12.1223.03		332110/331110	Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor							0 €			
11	Zeile 1	107				Entgeltordnung entwickeln (StVO)	Ertragserhöhung		40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	160.000 €			
	Zeile 2		1.12.1223.03		332110/331110	haushaltswirksame Umsetzung in 2021 ist wegen konzeptioneller Vorarbeiten aktuell nicht realistisch, Ratsbeschluss erforderlich			0 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	120.000 €			
12	Zeile 1	108				Erträge steigern durch Überwachung unerlaubter Sondernutzungen und Ahndung von Beschädigungen durch Sondernutzungen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	60.000 €			
	Zeile 2		1.12.1223.03		332110/331110	Der zusätzliche Aufwand für die Abrechnungen würde die Zeiten für Überwachungstätigkeiten reduzieren			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €			
13	Zeile 1	109				keine Vergabe Gutachten Radwegbeschilderungen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €			
	Zeile 2		1.51.5115.01		443140	Radverkehr zunehmend von Bedeutung; es sollte keine Kürzungen in diesem Bereich geben							0 €			
14	Zeile 1	110				Reduzierung Ansatz Entfernung von Graffiti um 10.000 € auf 130.000 €	Aufwandsreduzierung	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	50.000 €			
	Zeile 2		1.54.5400.11		445610	Diese Änderung des Ansatzes wurde bereits zum Haushaltsplan 2020 umgesetzt.			10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	50.000 €		
15	Zeile 1	111	anderer Umfang			Reduktion Ausgabenanteil öffentliche Anteil Straßenreinigung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	250.000 €			
	Zeile 2		1.54.5400.02		445716	Verwaltung prognostiziert Potenzial; Höhe noch unbekannt; in 2021 aufgrund von Satzungsänderung noch nicht realistisch; Basis der Einsparungen kann sich in Folge der Gebührenkalkulation ändern			0 €	0 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	150.000 €		
16	Zeile 1	112				Erhöhung der Sondernutzungsgebühren	Ertragserhöhung		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €			
	Zeile 2		1.12.1223.03		332110	denkbar; Satzungsänderung muss vorbereitet werden, 2021 voraussichtlich nur häftig			15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	105.000 €			
17	Zeile 1	113				Erhöhung der Gebühren für Genehmigung von Schwerlasttransporten							0 €			
	Zeile 2		1.12.1223.03		331110	Verwaltung schließt sich Stellungnahme der KGSt an; es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor.							0 €			
18	Zeile 1	114				Erhöhung der Ablösungen für Stellplätze	Ertragserhöhung (zu prüfen)		25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	100.000 €			
	Zeile 2		5S.660050	681900		Erhöhung vertretbar			25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	100.000 €			
19	Zeile 1	115				Erweiterung der Fläche des gebührenpflichtigen Parkraumes							0 €			
	Zeile 2		1.54.5460.01	5S.660050	332120787340				-200.000 €	660.000 €	660.000 €	660.000 €	1.780.000 €			

20	Zeile 1	116				Anpassung Bußgelder bei Parkverstößen an das Fahren ohne gültigen Fahrausweis in öffentlichen Nahverkehrsmitteln (=Bußgeld von 60 €).							0 €				
	Zeile 2					s. Schreiben an Fraktionen vom 4.12.20; die Höhe der Bußgelder ist in einer Verordnung geregelt.							0 €				
21	Zeile 1	117	keine			Erhöhung Parkgebühren im Stadtgebiet / Erhöhung der Parkgebühr BgA Tiefgaragen:	Ertragserhöhung (zu prüfen)	1.070.000 €	1.712.000 €	1.712.000 €	2.525.000 €	2.525.000 €	9.544.000 €				
	Zeile 2		1.54.5460.01		332120	Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor.		0 €	0 €	0 €	600.000 €	600.000 €	1.200.000 €				
22	Zeile 1	118				Reduktion der Straßenbeleuchtung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €			
	Zeile 2		1.54.5400.02		445710	Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor								0 €			
23	Zeile 1	119				Bündelung der Bauhofstandorte	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €			
	Zeile 2		660-9803 660-9807		nnb	Bezug zu V 104. Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor								0 €			
24	Zeile 1	120				Reduktion von Umweltschutzmaßnahmen	Aufwandsreduzierung	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	150.000 €				
	Zeile 2		1.56.5611.01		445710	Verwaltung schließt sich der Einschätzung der KGSt zur Nichtumsetzbarkeit des Vorschlags an		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
25	Zeile 1	121				Reduktion von Informationsdiensten	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €			
	Zeile 2		1.54.5400.04		div. Personalkosten	Personalreduzierung bei Informationsleistungen für Politik und Öffentlichkeit nicht vertretbar								0 €			
26	Zeile 1	122				Reduktion von Verkehrszeichen / des "Schilderwaldes"	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €			
	Zeile 2		1.54.5400.02		445710	hoher Aufwand; geringer Nutzen; Beschilderung beschränkt sich bereits jetzt auf das Notwendigste								0 €			
27	Zeile 1	123				Reduktion der Mittel für Vorplanungen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	200.000 €	200.000 €					400.000 €			
	Zeile 2		1.51.5115.01		427115	Mittel werden für Mobilitätsentwicklungsplan sowie weitere kleinere Maßnahmen benötigt.		0 €	0 €					0 €			
28	Zeile 1	124				Insourcing Verkehrsmodell	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €			
	Zeile 2		1.51.5115.01		427115	Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor								0 €			
29	Zeile 1	125				Insourcing Verkehrszählungen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €			
	Zeile 2		1.51.5115.01		427115	Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor								0 €			

Anlage 9

Neuveranschlagung von Mitteln für GVGs

Anlage 9 - Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Neuveranschlagung von Mitteln für GVG's

Ifd. nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis	darür	dagegen	enthalten

Neuveranschlagung von Mitteln für GVG's

Ab dem Haushaltsjahr 2021 ff. haben sich die gesetzlichen Regelungen zu den „geringwertigen Vermögensgegenständen (GVG)“ geändert. Nach dem aktualisierten Gemeinderecht werden Beschaffungen von beweglichen Vermögensgegenständen erst ab 1.000 € netto aktiviert. Steuerlich sind Aktivierungen bereits ab 250 € netto vorzunehmen. Diese nicht homogenen Regelungen führen zu Schwierigkeiten in der technischen Umsetzung, die dem Ministerium für Inneres und Sport als auch dem Nds. Stadttag bereits mitgeteilt wurden. Nach derzeitigem Stand wird von Seiten des MI keine Anpassung der Regelungen vorgesehen und auch der Nds. Stadttag hat keine anderslautende Stellungnahme abgegeben, so dass die Umsetzung zum 01.01.2021 nunmehr vorgesehen ist. Die bisher als investiv geplanten geringwertigen Vermögensgegenstände werden zukünftig als Aufwand zu behandeln sein. Die Ergebnisrechnung wird sich hierdurch in der Summe um rd. 11 Mio. € für 2021 - 2024 verschlechtern.

diverse Fachbereiche / Referate

10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)														
					1.052.800	263.200	263.200	263.200	263.200	0				
1	1 a	4S.diverse GVG-Beschaffungen		bisher neu	0 1.052.800	0 0	0 263.200	0 263.200	0 263.200	0 263.200	0 0			
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)														
					12.020.000	2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0				
2	1 b	4S.diverse GVG-Beschaffungen		bisher neu	0 12.020.000	0 0	0 2.968.400	0 3.007.600	0 3.043.000	0 3.001.000	0 0			
				Veränderung	12.020.000	2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0				

19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-1.052.800	-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0
3	1 c 5S.diverse GVG-Beschaffungen	bisher neu	1.052.800 0 0	0 263.200 0	263.200 0 0	263.200 0 0	263.200 0 0	
		Veränderung	-1.052.800	-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-12.020.000	-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0
4	1 d 5S.diverse GVG-Beschaffungen	bisher neu	12.020.000 0 0	0 2.968.400 0	3.007.600 0 0	3.043.000 0 0	3.001.000 0 0	
		Veränderung	-12.020.000	-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0

Anlage 10

Geplanter Haushaltsresteabbau

Anlage 10

Haushaltsplanung 2021

Geplanter Haushaltsresteabbau für die Jahre 2020 – 2024

Org.-Einheit	Ist-Wert	Planung				
		2019	2020	2021	2022	2023
FB 66	19.982.873	23.000.000	20.000.000	18.000.000	16.000.000	14.400.000